

Der Polizeipräsident in Berlin

LKA 5



**Lagedarstellung
der Politisch motivierten Kriminalität
in Berlin
für das Jahr 2008**

**Der Polizeipräsident in Berlin
LKA 5**



Herausgeber:

Der Polizeipräsident in Berlin
LKA 5
Platz der Luftbrücke 6
12101 Berlin

Tel.: 030/4664-0
Fax: 030/4664-952599
Internet: lka5@polizei.berlin.de

**Der Polizeipräsident in Berlin
LKA 5**



	Seite
Einleitung	5
1 Politisch motivierte Kriminalität	
1.1 Gesamtübersicht im Jahresvergleich	6
1.2 Tatverdächtige der Politisch motivierten Kriminalität	7
1.3 Betrachtung des KPMD-PMK unter Gender-Aspekten	8
2 Politisch motivierte Kriminalität - rechts	
2.1 Gesamtübersicht im Jahresvergleich	
2.1.1 Entwicklung der Fallzahlen PMK – rechts	9
2.1.2 Fallzahlen PMK – rechts mit ausgewählten Themen- und Unterthemenfeldern im Jahresvergleich	10
2.1.3 Fallzahlen PMK – rechts nach Verwaltungsbezirken	12
2.2 Tatverdächtige PMK – rechts	14
2.3 Herausragende Ereignisse PMK - rechts	15
2.4 Parteien/Organisationen/Vereine/Gruppierungen PMK - rechts	16
2.5 Besondere Entwicklungen PMK - rechts	17
2.6 Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg/länderübergreifende Kriminalitätsphänomene PMK - rechts	18
2.7 Prognose PMK - rechts	18
3. Politisch motivierte Kriminalität - links	
3.1 Gesamtübersicht im Jahresvergleich	
3.1.1 Entwicklung der Fallzahlen PMK - links	19
3.1.2 Fallzahlen PMK – links mit ausgewählten Themen- und Unterthemenfeldern im Jahresvergleich	20
3.1.3 Fallzahlen PMK – links nach Verwaltungsbezirken	22
3.2 Tatverdächtige PMK – links	24
3.3 Herausragende Ereignisse PMK - links	25
3.4 Parteien/Organisationen/Vereine/Gruppierungen PMK - links	28
3.5 Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg/länderübergreifende Kriminalitätsphänomene PMK - links	28
3.6 Prognose PMK - links	29
3.7 Sonderauswertung „Brandanschläge auf Kraftfahrzeuge“	30



4 Politisch motivierte Ausländerkriminalität

4.1	Gesamtübersicht	
4.1.1	Entwicklung der Fallzahlen PM-Ausländerkriminalität	33
4.1.2	Fallzahlen PM-Ausländerkriminalität mit ausgewählten Themen- und Unterthemenfeldern im Jahresvergleich	34
4.1.3	Fallzahlen PM-Ausländerkriminalität nach Verwaltungsbezirken	35
4.2	Tatverdächtige PM-Ausländerkriminalität	37
4.3	Herausragende Ereignisse PM-Ausländerkriminalität	38
4.4	Besondere Entwicklungen PM-Ausländerkriminalität	39
4.5	Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg/länderübergreifende Kriminalitätsphänomene PM-Ausländerkriminalität	41
4.6	Prognose PM-Ausländerkriminalität	41

5 Nicht zuzuordnen

5.1	Gesamtübersicht im Jahresvergleich	
5.1.1	Entwicklung der Fallzahlen Nicht zuzuordnen	43
5.1.2	Fallzahlen Nicht zuzuordnen nach Deliktsqualität im Jahresvergleich	44
5.2	Tatverdächtige Nicht zuzuordnen	45



EINLEITUNG

Im statistischen Teil des vorliegenden Lagebildes werden ausschließlich Fälle² betrachtet, die im Rahmen des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK) meldepflichtig sind. Die darüber hinaus im Polizeilichen Staatsschutz des LKA Berlin bearbeiteten Verfahren, denen keine politische Motivation zugrunde liegt, sind in dieser Statistik **nicht** erfasst.

Die vorliegende Lagedarstellung gibt einen allgemeinen Überblick über die Politisch motivierte Kriminalität in Berlin. Im Weiteren werden die wichtigsten Fallzahlen der Phänomenbereiche mit Erklärungen sowie besonderen Ereignissen und Prognosen dargestellt.

Um die Lagezahlen übersichtlich und in Teilbereichen vergleichbar darzustellen, erfolgt die Unterteilung in den einzelnen Phänomenbereichen nach Terrorismus, Politisch motivierter Gewaltkriminalität, Propagandadelikten und sonstigen Delikten.

Die sich auf einen Jahresvergleich beziehenden Tabellen enthalten Angaben zur Entwicklung der Fallzahlen (Prozentangabe und Pfeilsymbol). Auf diese Darstellung wird verzichtet, sofern die zu vergleichenden Fallzahlen im einstelligen Bereich liegen. Darüber hinaus werden in den einzelnen Phänomenbereichen ausgewählte Themenfelder bzw. Unterthemen² dargestellt.

Die Zählung der Tatverdächtigen erfolgt fallbezogen. Wurde ein Täter im selben Jahr zu mehreren Fällen bekannt, wird er mehrfach gezählt.

Die Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität unterliegen einer ständigen Dynamik und werden immer aktualisiert dargestellt.

² Ein Fall kann mehrere Straftaten beinhalten, wird jedoch aufgrund des engen motivationalen, räumlichen und zeitlichen Zusammenhangs nur als ein sogenannter „Lebenssachverhalt“ gezählt (z.B. ein Landfriedensbruch, begangen durch mehrere Täter auf einem Platz nebst benachbarter Nebenstraßen - Aufnahme mehrerer Anzeigen, Zusammenfassung zu einem Fall).

² Einem Fall können unter Umständen mehrere Themenfelder bzw. Unterthemen zugeordnet werden (mehrdimensionale Erfassung). Aus diesem Grund lässt die Anzahl der Themenfeldnennungen keine Rückschlüsse auf das tatsächliche Fallaufkommen zu.

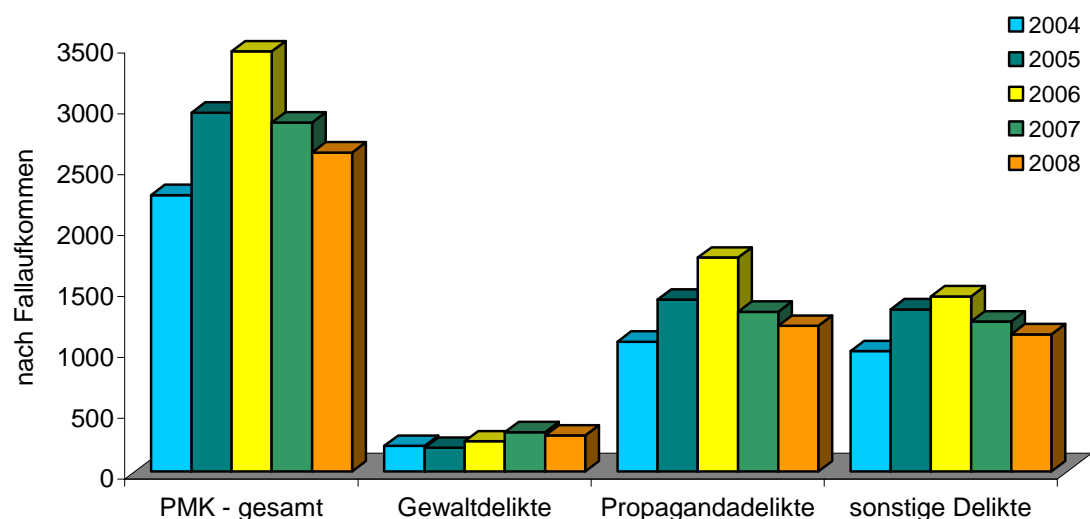


1. POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT

1.1 Gesamtübersicht im Jahresvergleich

Im Jahr 2008 wurden im Rahmen des KPMD-PMK insgesamt 2620 Fälle gemeldet. Im Vorjahr waren es 2866 Fälle.

	2004	2005	2006	2007	2008
Terrorismus ³	6	9	8	2	2
↳ geklärt	4	3		1	1
Aufklärungsquote	67%	33%		50%	50%
Gewaltdelikte	210	195	248	322	296
↳ geklärt	104	104	142	121	117
Aufklärungsquote	50%	53%	57%	38%	40%
Propagandadelikte	1066	1412	1756	1311	1196
↳ geklärt	456	560	677	419	390
Aufklärungsquote	43%	40%	39%	32%	33%
sonstige Delikte	988	1331	1438	1231	1126
↳ geklärt	470	546	546	356	315
Aufklärungsquote	48%	41%	38%	29%	28%
PMK gesamt	2270	2947	3450	2866	2620
↳ geklärt	1034	1213	1365	897	823
Aufklärungsquote	46%	41%	40%	31%	31%



³ Hierbei handelt es sich um Verfahren, die bis auf fünf im Jahr 2005 beim BKA aufgrund der Deliktszuweisung geführt, aber dem Land Berlin wegen der Tatörtlichkeit statistisch zugeordnet wurden. Diese Verfahrensweise wird seit 2003 praktiziert. Aufgrund des geringen Fallzahlenaufkommens wird auf die graphische Darstellung der Entwicklung des Terrorismus verzichtet.

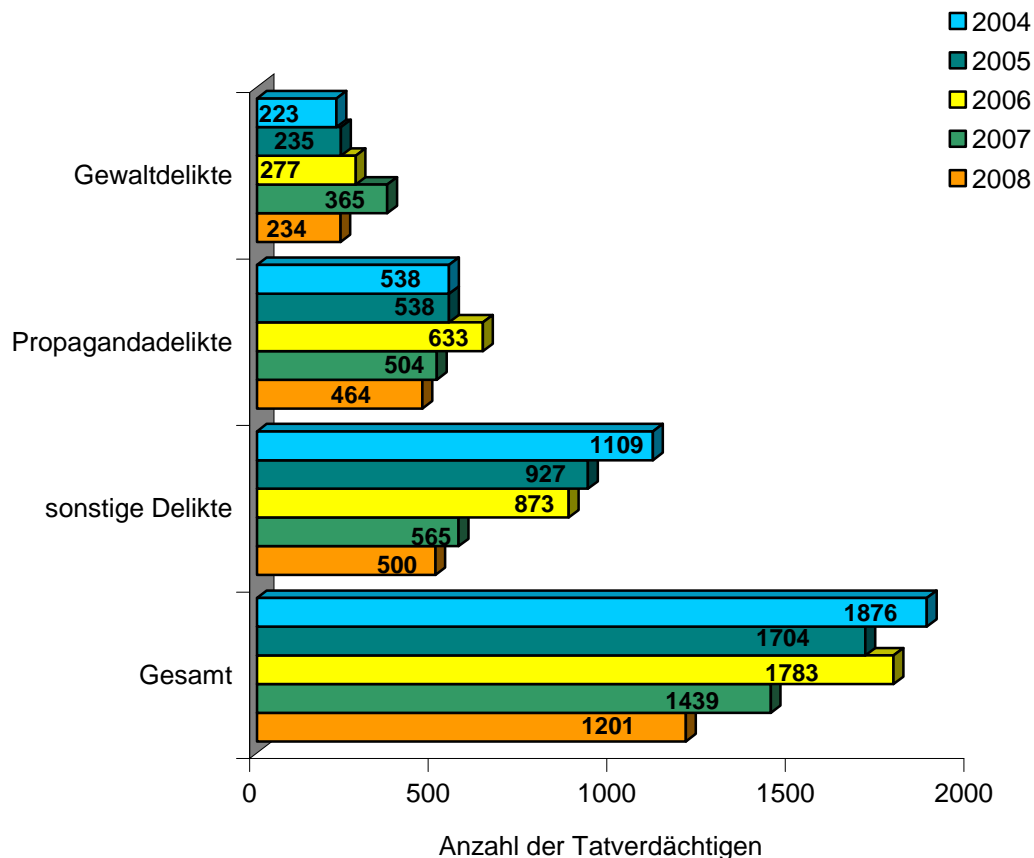


Im Bereich der **Gewaltdelikte** ist im Berichtsjahr das zweithöchste Fallaufkommen der letzten fünf Jahre zu verzeichnen. Die Zahl der **Propagandadelikte** geht seit dem höchsten Anstieg im Jahr 2006 kontinuierlich zurück. Der Rückgang im Jahr 2007 im Vergleich zum Jahr 2006 betrug 25 % (445 Fälle), im Jahr 2008 ist im Vergleich zum Vorjahr ein weiterer Rückgang der Propagandadelikte um 9 % (115 Fälle) festzustellen.

Auch bei den **sonstigen Delikten** ist seit dem Jahr 2006 ein kontinuierlicher Rückgang des Fallaufkommens zu erkennen.

Mögliche Ursachen für die Entwicklung der Fallzahlen im Berichtsjahr werden in den einzelnen Phänomenbereichen näher erläutert.

1.2 Tatverdächtige der Politisch motivierten Kriminalität



Bei den **terroristischen Delikten** wurden im Jahr 2004 sechs, 2005 vier, 2007 fünf und 2008 drei Tatverdächtige ermittelt, im Jahr 2006 konnten keine Tatverdächtige bekannt gemacht werden. Aufgrund des geringen Aufkommens wird auf die graphische Darstellung in diesem Deliktsbereich verzichtet.

Die geringste Anzahl bekannt gewordener Tatverdächtiger der letzten fünf Jahre ist im Jahr 2008 zu verzeichnen. Konkrete Ursachen dafür sind nicht bekannt.



1.3 Betrachtung des KPMD-PMK unter Gender-Aspekten

Im Jahr 2008 traten 167 weibliche Tatverdächtige mit meldepflichtigen Straftaten im Sinne des KPMD-PMK in Erscheinung. Dies entspricht einem Anteil von 14 % (2004: 349, 19 %; 2005: 294, 16 %; 2006: 207, 11 %, 2007: 180, 13 %).

Trotz des hohen Fallaufkommens insgesamt im Jahr 2006 ist der Anteil der weiblichen Tatverdächtigen in diesem Jahr mit 11 % am Geringsten.

Erwartungsgemäß ist der Anteil der weiblichen Tatverdächtigen im Phänomenbereich PMK – links am Höchsten (2004: 268, 28 %; 2005: 195, 28 %; 2006: 87, 20 %, 2007: 102, 26 %, 2008: 88, 28 %). Dies liegt an der Definition der Rolle der Frau innerhalb der linken Szene, die auf einer Gleichstellung der Geschlechter beruht. Bei Demonstrationen und Protestaktionen innerhalb der linken Szene sind weibliche Personen präsenter als in den anderen Phänomenbereichen. Auch bei Gewaltdelikten, vor allem Landfriedensbrüchen und Widerstandshandlungen, sind weibliche Tatverdächtige vertreten. Diese Entwicklung zeigt allerdings keine statistischen Auffälligkeiten.

Der geringe Anteil weiblicher Tatverdächtiger im Phänomenbereich PMK – rechts im Jahr 2008 (2004: 44, 8 %; 2005: 57, 9 %; 2006: 62, 7 %, 2007: 36, 6 %, 2008: 34, 7 %) ist ebenfalls im ideologischen Kontext des Phänomenbereichs erklärbar. Im Dritten Reich war die Rolle der Frau auf bestimmte Bereiche festgelegt. Sie war für die Erhaltung der Kultur, der Bräuche und der „deutschen Rasse“ zuständig und sollte den Mann und gleichzeitig das Vaterland stützen. Dies scheint in der Ideologie der rechten Szene auch heute noch eine gewisse Rolle zu spielen.

Der im Phänomenbereich PM-Ausländerkriminalität geringe der Anteil weiblicher Tatverdächtiger (2004: 11, 14 %; 2005: 1, 1 %; 2006: 17, 11 %, 2007: 8, 5 %, 2008: 9, 8 %) dürfte mit der Stellung der Frau in der islamischen bzw. muslimischen Gesellschaft zusammenhängen.

Im Jahr 2008 waren 36 weibliche Tatverdächtige (12 %) an Straftaten beteiligt, die keinem der drei Phänomenbereiche zugeordnet werden konnten (2004: 25, 10 %, 2005: 41, 11 %, 2006: 41, 8 %, 2007: 34, 11 %). Diese Straftaten wurden überwiegend im Rahmen von Demonstrationen gegen politische Entscheidungen begangen.



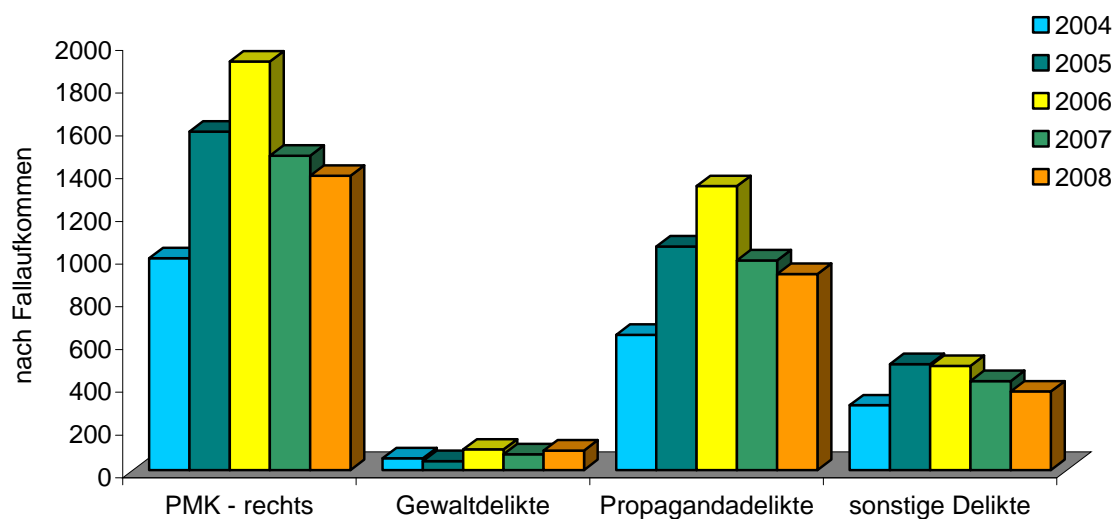
2. POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT - RECHTS

2.1 Gesamtübersicht im Jahresvergleich

2.1.1 Entwicklung der Fallzahlen PMK - rechts

Im Jahr 2008 wurden im Rahmen des KPMD-PMK für den Phänomenbereich PMK – rechts insgesamt 1377 Fälle gemeldet. Im Vorjahr wurden insgesamt 1471 Fälle registriert.

	2004	2005	2006	2007	2008
Gewaltdelikte	55	42	96	74	91
↳ geklärt	37	22	57	39	57
Aufklärungsquote	67%	52%	59%	53%	63%
Propagandadelikte	633	1046	1329	981	918
↳ geklärt	253	294	331	203	173
Aufklärungsquote	40%	28%	25%	21%	19%
sonstige Delikte	303	496	487	416	368
↳ geklärt	151	172	208	155	120
Aufklärungsquote	50%	35%	43%	37%	33%
PMK - rechts	991	1584	1912	1471	1377
↳ geklärt	441	488	596	397	350
Aufklärungsquote	45%	31%	31%	27%	25%



Der Polizeipräsident in Berlin LKA 5



Analyse untersucht, welche Ursachen diesem Fallzahlenanstieg zu Grunde liegen könnten. Im Ergebnis war festzustellen, dass keine valide belegbaren Ursachen erkennbar sind, auf die der Anstieg der fremdenfeindlichen Gewaltdelikte zurückzuführen ist, zumal die meisten der bekannt gewordenen Tatverdächtigen zuvor mit derartigen Delikten nicht in Erscheinung getreten waren.

Der genannte Trend setzte sich im 2. Halbjahr 2008 nicht fort, sowohl im 2. Halbjahr 2007 als auch im 2. Halbjahr 2008 waren je 17 fremdenfeindliche Gewaltdelikte zu verzeichnen. Auch hierfür sind keine validen Ursachen erkennbar.

Bei den **Propagandadelikten** ist im Berichtsjahr ein Rückgang der Fallzahlen um 63 Fälle zu verzeichnen. Konkrete Ursachen sind nicht erkennbar. Zu 745 Fällen (81 %) konnten keine Tatverdächtigen ermittelt werden. 703 Propagandadelikte (77 %) wurden durch das Anbringen von rechtsgerichteten Parolen oder Symbolen begangen.

Bei den **sonstigen Delikten** ist vor allem bei den Volksverhetzungen (2007: 196 Fälle, 2008: 139 Fälle, Rückgang um 29 %) ein Rückgang zu verzeichnen. Ursächlich dafür ist der Rückgang der Volksverhetzungen mit Themenfeldnennung „antisemitisch“ von 135 Fällen im Jahr 2007 auf 94 Fälle im Jahr 2008 (Rückgang um 30 %) und mit Themenfeldnennung „fremdenfeindlich“ von 74 Fällen im Jahr 2007 auf 53 Fälle im Jahr 2008 (Rückgang um 28 %). Konkrete Ursachen für den Rückgang der Volksverhetzungen sind nicht erkennbar.



2.1.3 Fallzahlen PMK - rechts nach Verwaltungsbezirken

	Gewaltdelikte		Propagandadelikte		sonstige Delikte		PMK - rechts	
	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008
Charlottenburg-Wilmersdorf	2	10	55	73	31	37	88	120
Friedrichshain-Kreuzberg	6	12	50	65	24	25	80	102
Lichtenberg	13	15	93	99	51	48	157	162
Marzahn-Hellersdorf	12	10	72	83	32	20	116	113
Mitte	9	11	113	114	40	67	162	192
Neukölln	3	3	127	87	64	29	194	119
Pankow	10	11	97	90	47	43	154	144
Reinickendorf	2		52	42	27	17	81	59
Spandau	3	3	52	46	16	15	71	64
Steglitz-Zehlendorf	3	2	46	47	15	16	64	65
Tempelhof-Schöneberg	1	2	128	90	47	26	176	118
Treptow-Köpenick	10	12	96	82	22	25	128	119
Berlin gesamt	74	91	981	918	416	368	1471	1377

Während vor allem ein Anstieg des **Gesamtaufkommens** in den Verwaltungsbezirken Charlottenburg-Wilmersdorf (um 32 Fälle) und Mitte (um 30 Fälle) zu verzeichnen ist, sind die Fallzahlen unter anderem in den Verwaltungsbezirken Neukölln (um 75 Fälle) und Tempelhof-Schöneberg (um 58 Fälle) rückläufig.

69 % der für das Berichtsjahr registrierten **Gewaltdelikte** (63 Fälle) wurden im Ostteil der Stadt begangen (2007: 57 Fälle, 77 %). Als neuer Brennpunkt der politisch motivierten Gewaltkriminalität im Phänomenbereich PMK – rechts zeichnet sich der Verwaltungsbezirk Charlottenburg-Wilmersdorf ab. Konkrete Ursachen dafür sind jedoch nicht erkennbar.

Das erhöhte Fallaufkommen in den Verwaltungsbezirken Charlottenburg-Wilmersdorf (um acht Fälle) und Friedrichshain-Kreuzberg (um sechs Fälle) ist auf einen Anstieg der Gewaltdelikte mit Themenfeldnennung „fremdenfeindlich“ zurückzuführen. Vor allem bei den fremdenfeindlichen Körperverletzungen ist in beiden Verwaltungsbezirken ein Anstieg zu verzeichnen (Charlottenburg-Wilmersdorf: 2007: zwei Fälle, 2008: zehn Fälle; Friedrichshain-Kreuzberg: 2007: sechs Fälle, 2008: 10 Fälle). Darüber hinaus wurde im Verwaltungsbezirk Friedrichshain-Kreuzberg im Berichtsjahr ein versuchtes Tötungsdelikt (siehe auch Punkt 2.3) registriert.

Die **Propagandadelikte** sind in sechs Verwaltungsbezirken angestiegen. Der höchste Anstieg ist in den Verwaltungsbezirken Charlottenburg-Wilmersdorf (um 18 Fälle), Friedrichs-

Der Polizeipräsident in Berlin LKA 5



hain-Kreuzberg (um 15 Fälle) und Marzahn-Hellersdorf (um 11 Fälle) zu verzeichnen. In allen drei Verwaltungsbezirken handelt es sich überwiegend um das Anbringen von rechtsgerichteten Symbolen oder Parolen durch unbekannte Täter, so dass eine konkrete Ursache für den Anstieg der Fallzahlen nicht erkennbar ist.

Der höchste Rückgang der Propagandadelikte ist in den Verwaltungsbezirken Neukölln (um 40 Fälle), Tempelhof-Schöneberg (um 38 Fälle) und Treptow-Köpenick (um 14 Fälle) festzustellen. Das gesunkene Fallaufkommen im Verwaltungsbezirk Neukölln ist vermutlich auf gezielte Maßnahmen des Abschnitts 56 zurück zu führen, nachdem seit Mitte 2007 im Bereich Rudow vermehrt Farbschmierereien mit politischem Inhalt der rechtsextremistischen Szene festzustellen waren. Diese Schmierereien erstreckten sich gelegentlich über ganze Straßenzüge und wurden in größerem Ausmaß innerhalb einer Nacht angebracht.

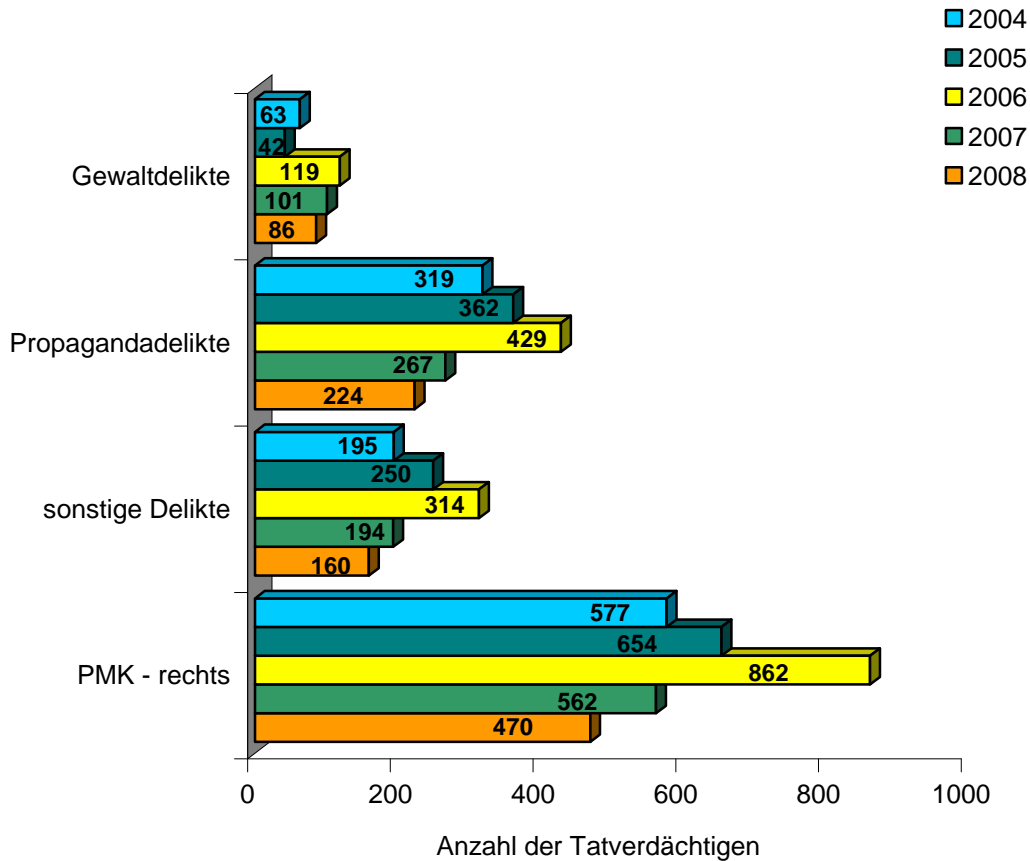
Im Bereich der **sonstigen Delikte** ist vor allem im Verwaltungsbezirk Mitte ein Anstieg des Fallaufkommens um 27 Fälle erkennbar. Vor allem bei den Beleidigungen (2007: vier Fälle, 2008: 16 Fälle) und Sachbeschädigungen (2007: sechs Fälle, 2008: 18 Fälle) ist ein erhöhtes Fallaufkommen feststellbar.

Ein Rückgang des Fallaufkommens ist in den Verwaltungsbezirken Neukölln (um 35 Fälle) und Tempelhof-Schöneberg (um 21 Fälle) zu verzeichnen. Im Verwaltungsbezirk Neukölln sind vor allem die Sachbeschädigungen (2007: 43 Fälle, 2008: 13 Fälle) und Volksverhetzungen (2007: 14 Fälle, 2008: sieben Fälle) rückläufig.

Der Rückgang des Fallaufkommens im Verwaltungsbezirk Tempelhof-Schöneberg liegt am geringeren Aufkommen im Bereich der Volksverhetzungen (2007: 33 Fälle, 2008: 15 Fälle).



2.2 Tatverdächtige PMK – rechts



Die höchste Anzahl bekannt gewordener Tatverdächtiger war im Jahr 2006 mit 862 Tatverdächtigen zu verzeichnen, für dieses Jahr ist auch das höchste Fallaufkommen (1912 Fälle) im Phänomenbereich PMK – rechts feststellbar. Die wenigsten Tatverdächtigen der letzten fünf Jahre sind im Berichtsjahr bekannt geworden, obwohl das Fallaufkommen im Jahr 2004 mit 991 Fällen um 386 Fälle geringer war, als im Jahr 2008 mit 1377 Fällen. Dies könnte vor allem an dem hohen Anteil von Propagandadelikten im Berichtsjahr (81 %) liegen, zu denen keine Tatverdächtigen ermittelt werden konnten.



2.3 Herausragende Ereignisse PMK - rechts

Versuchter Mord

Am 02.03.2008 befand sich die Beschuldigte gegen 06:45 Uhr in Begleitung zweier Personen am S-Bahnhof Frankfurter Allee in Berlin-Friedrichshain (Verwaltungsbezirk Friedrichshain-Kreuzberg). Der dunkelhäutige Geschädigte passierte die Personengruppe und wurde von der Beschuldigten mit fremdenfeindlichen und rassistischen Äußerungen beleidigt und zweimal ins Gesicht geschlagen. Der Geschädigte begab sich danach auf den S-Bahnsteig, als gerade ein Zug am anderen Ende des Bahnhofs einfuhr. Die Beschuldigte war ihm gefolgt und stieß den Geschädigten mit den Worten „Dem zeig ich's“ vor den einfahrenden Zug. Mit Hilfe von Zeugen konnte der Geschädigte noch rechtzeitig aus dem Gleisbett klettern. Die Beschuldigte wurde zu drei Jahren und acht Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt.

Versuchter Mord

Am 20.04.2008, gegen 03:45 Uhr, warfen zwei Personen der rechten Szene zwei mit Benzin gefüllte Glasflaschen gegen ein von Deutschen mit Migrationshintergrund bewohntes Einfamilienhaus in Berlin-Rudow (Verwaltungsbezirk Neukölln). Zum Tatzeitpunkt befanden sich die schlafenden Bewohner im Haus. Ein im Vorgarten befindliches Partyzelt geriet in Brand.

Im Monat zuvor hatten beide Täter bereits versucht, das leerstehende Haus einer bosnischen Familie in Brand zu setzen. Hier kam es nicht zur Umsetzung der Brandsätze.

Die Beschuldigten, die aus fremdenfeindlichen Motiven gehandelt hatten, wurden wegen versuchter schwerer Brandstiftung und versuchten Mordes durch das Landgericht zu vier Jahren und acht Monaten bzw. zu drei Jahren und zehn Monaten Haft verurteilt.

Versuchter Mord

Am 13.07.2008 wurden die drei Tatverdächtigen gegen 01:00 Uhr in Berlin-Buch (Verwaltungsbezirk Pankow) dabei beobachtet, wie sie auf einen dunkelhäutigen ausländischen Mitbürger einschlugen und eintraten. Alle drei Tatverdächtigen gehören der rechten Szene an. Erst als die Polizei eintraf, ließen sie von ihrem Opfer ab. Der Gesch. erlitt schwere Kopfverletzungen und Rippenbrüche. Die Beschuldigten erhielten Haftstrafen bis zu vier Jahren und sechs Monaten. Alle Urteile sind noch nicht rechtskräftig.



Gefährliche Körperverletzung

Zwei weibliche Geschädigte wurden am 27.10.2008, gegen 22:45 Uhr, von unbekanntem Tätern als homosexuelles Paar erkannt und aufgrund dessen beleidigt, körperlich attackiert sowie mit Farbe besprüht.

Dadurch erlitt eine Geschädigte schwere Kopfverletzungen. Nach Durchführung einer Öffentlichkeitsfahndung konnte zunächst ein Tatverdächtiger identifiziert und im Laufe der weiteren Ermittlungen auch sein Mittäter festgenommen werden. Beide Beschuldigten zeigten sich geständig und erhielten Haftbefehl.

Gefährliche Körperverletzung

In einem Linienbus der BVG wurde am 12.12.2008, gegen 21:35 Uhr, ein 20-jähriger deutscher Geschädigter durch den Beschuldigten im Beisein weiterer Fahrgäste mit antisemitischen Äußerungen beschimpft. Anschließend schlug er dem Geschädigten mit der Faust ins Gesicht und trat ihm zweimal mit dem Fuß gegen den Kopf. Durch das Einmischen einer unbeteiligten 17-jährigen Jugendlichen, die den Beschuldigten aus dem Bus drängte, konnten weitere Gewalttätigkeiten verhindert werden.

Der Täter konnte im Nahbereich festgenommen werden. Der Geschädigte erlitt schwere Gesichtsverletzungen.

2.4 Parteien/Organisationen/Vereine/Gruppierungen PMK - rechts

Rechte Parteien

Alle im Jahr 2008 bekannt gewordenen Veranstaltungen der NPD, wie Demonstrationen, Bürgerabende oder Vortragsveranstaltungen, wurden von Gegenveranstaltungen der linken Szene und des bürgerlichen Spektrums begleitet. In mindestens sechs Fällen wurden politisch motivierte Straftaten im Zusammenhang mit Veranstaltungen der NPD verzeichnet. So kam es bspw. im Rahmen eines NPD-Aufzuges am 23.08.2008 bei der Gegendemonstration „Gemeinsam gegen Rechts“ im Verwaltungsbezirk Neukölln zu einem besonders schweren Landfriedensbruch, bei dem mehrere Gegendemonstranten versuchten, ein Absperrgitter zu überwinden, um zum Antreterplatz der NPD-Demonstranten zu gelangen.



Nachdem es dem NPD-Landesverband Berlin in diesem Jahr nicht gelang, geeignete Räumlichkeiten für den Landesparteitag 2008 anzumieten³, erfolgte die Durchführung des Parteitages am 07.06.2008 auf dem Gelände der NPD-Bundesgeschäftsstelle in Berlin-Köpenick unter freiem Himmel.

Kameradschaften

Gemäß polizeilicher Wahrnehmung sind im Jahr 2008 keine Personenzusammenschlüsse aktiv gewesen, die die Kriterien (u. a. Hierarchie, politische Arbeit) einer Kameradschaft erfüllen.

Sonstige Personenzusammenschlüsse

Ein Teil der rechtsextremistischen Aktivitäten in Berlin ging von Personen des aktionsorientierten Rechtsextremismus aus, die unter Labeln wie „Freie Kräfte“, „Aktionsgruppe Rudow“ oder „Autonome Nationalisten Berlin“ auftraten. Hierbei handelt es sich um keine festen Personenzusammenschlüsse. „Autonome Nationalisten“ traten bspw. bei rechten Veranstaltungen in Berlin und in Hamburg in Erscheinung. Sie unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Kleidung, ihrer Sprache, ihrer Symbolik und Taktik deutlich von der „alten“ rechten Szene und sprechen damit eine jüngere, eher erlebnisorientierte Generation an.

Sie engagieren sich häufig im Bereich der Anti-Antifa, die sich zum Ziel gesetzt hat, politische Gegner sowie Angehörige von Sicherheitsorganen auszuspionieren und die gesammelten Erkenntnisse im Internet und in der Szene zu veröffentlichen.

2.5 Besondere Entwicklungen PMK - rechts

Publikationen

Im Berichtsjahr konnte keine strafrechtlich relevante rechtsextremistische Publikation festgestellt werden.

Rechte Musikszene

Nach polizeilicher Wahrnehmung fand auch im Jahr 2008 in Berlin kein von der rechten Szene veranstaltetes Konzert statt.

³ Im Jahr 2007 fand der Landesparteitag am 04.02.2007 in einem Vereinslokal in Berlin-Oberschöneweide statt, ein weiterer Landesparteitag wurde aufgrund von Absagen potentieller Berliner Tagungsorte in Velten (Land Brandenburg) durchgeführt.



Am 27.02.2008 wurde der wegen Bildung einer Kriminellen Vereinigung zu drei Jahren und vier Monaten verurteilte Bandleader der inzwischen aufgelösten Band „Landser“, Michael R., aus der Haft entlassen.

Bereits im August des Berichtsjahres brachte R. (Spitzname Lunikoff) mit dem Bandprojekt „Die Lunikoff-Verschwörung“ eine neue CD mit dem Namen „Heilfroh“ heraus. Eine strafrechtliche Relevanz der CD wurde nach Prüfung durch die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin verneint.

2.6 Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg / länderübergreifende Kriminalitätsphänomene PMK - rechts

Kontakte zwischen Berliner und Brandenburger Rechtsextremisten bestehen seit vielen Jahren. Im vergangenen Jahr kam es zu zahlreichen Veranstaltungen im Land Brandenburg, die von Angehörigen der rechten Szene Berlins besucht wurden.

So fand am 24.03.2008 in Schönefeld (Land Brandenburg) ein sogenanntes „Ostara⁴-Fest“ von Angehörigen der rechtsextremistischen Szene Berlins und Brandenburgs statt. Bis zu 60 Personen aus beiden Bundesländern wurden vor Ort festgestellt, die eine öffentliche Feier u. a. mit historischen Sportgeräten durchführen wollten. Die Veranstaltung wurde von der Brandenburger Polizei aufgelöst.

Erfahrungsgemäß agieren in Berlin wohnhafte Rechtsextremisten häufiger im Land Brandenburg als umgekehrt.

2.7 Prognose PMK - rechts

Während des Wahlkampfes zu den im Herbst 2009 stattfindenden Bundestagswahlen könnte das Fallaufkommen der PMK - rechts ansteigen. Insbesondere die Fallzahlen der Rechts-Links-Auseinandersetzungen könnten sich vor dem Hintergrund des Wahlkampfes durch verstärkte Aktivitäten in der Öffentlichkeit wieder über dem Niveau der Vorjahre bewegen.

⁴ hergeleiteter Name für eine (angebliche) germanische Frühlingsgöttin und das damit verbundene heidnische Fest



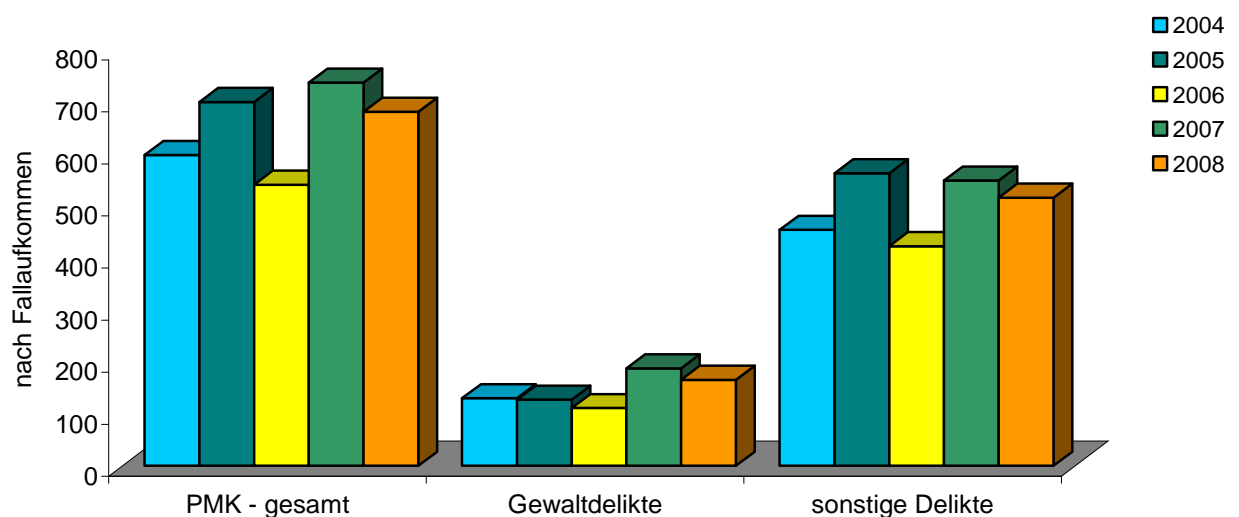
3. POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT - LINKS

3.1 Gesamtübersicht

3.1.1 Entwicklung der Fallzahlen PMK - links

Im Jahr 2008 wurden im Rahmen des KPMD-PMK für den Phänomenbereich PMK – links insgesamt 680 Fälle gemeldet. Im Vorjahr wurden insgesamt 736 Fälle registriert.

	2004	2005	2006	2007	2008
Terrorismus ⁶	2	5	6	1	
☞ geklärt					
Aufklärungsquote					
Gewaltdelikte	130	127	111	187	165
☞ geklärt	54	67	60	49	40
Aufklärungsquote	42%	53%	54%	26%	24%
Propagandadelikte	12	5	1		
☞ geklärt		1	1		
Aufklärungsquote		20%	100%		
sonstige Delikte	453	562	422	548	515
☞ geklärt	237	263	159	97	102
Aufklärungsquote	52%	47%	38%	18%	20%
PMK - links	597	699	540	736	680
☞ geklärt	291	331	220	146	142
Aufklärungsquote	49%	47%	41%	20%	21%



⁵ Hierbei handelt es sich um Verfahren, die beim BKA auf Grund der Deliktszuweisung geführt, aber dem Land Berlin wegen der Tatörtlichkeit statistisch zugeordnet wurden. Diese Verfahrensweise wird erst seit 2003 praktiziert. Aufgrund des geringen Fallaufkommens bei terroristischen und Propagandadelikten wird auf die graphische Darstellung verzichtet.

Der Polizeipräsident in Berlin LKA 5



„Umstrukturierung“ ein Anstieg zu verzeichnen. Die Gewaltdelikte mit Themenfeldnennung „Antikapitalismus“ sind zurückgegangen.

Bei den Gewaltdelikten mit Themenfeldnennung „**Antikapitalismus**“ (Rückgang um 49 Fälle) sind die gesunkenen Fallzahlen auf das verringerte Fallaufkommen im Deliktsbereich Brandstiftung (2007: 96 Fälle, 2008: 48 Fälle) zurückzuführen. Alle 48 Brandstiftungen im Jahr 2008 mit Themenfeldnennung „Antikapitalismus“ richteten sich gegen Pkw (2007: 90 Fälle).

Ursächlich für den Anstieg des Fallaufkommens der Gewaltdelikte mit Themenfeldnennung „**gegen rechts**“ (Anstieg um 12 Fälle) ist das erhöhte Fallaufkommen in den Deliktsbereichen Brandstiftung und Landfriedensbruch. Darüber hinaus wurde ein versuchtes Tötungsdelikt (siehe auch Punkt 3.3) registriert. Bei den insgesamt sieben Fällen im Deliktsbereich Brandstiftung mit Themenfeldnennung „gegen rechts“ handelt es sich in fünf Fällen um Brandanschläge auf Pkw von Personen der rechten Szene. Neun von 12 Fällen im Deliktsbereich Landfriedensbruch fanden im Zusammenhang mit Gegendemonstrationen der linken Szene statt.

Auch bei den Gewaltdelikten mit Themenfeldnennung „**Umstrukturierung**“ ist ein Anstieg der Fallzahlen erkennbar. Ursächlich ist auch hier das höhere Fallaufkommen im Deliktsbereich Brandstiftung (2007: neun Fälle, 2008: 26 Fälle). Bei 25 Fällen im Jahr 2008 handelt es sich um Brandanschläge auf Pkw im Rahmen von Kampagnen, wie die „Freiraum-Aktionstage“ Ende Mai/Anfang Juni.

Die **sonstigen Delikte** sind um 33 Fälle im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Gleichwohl ist beim Fallaufkommen mit Themenfeldnennung „gegen rechts“ ein Anstieg um 27 Fälle erkennbar. Ursächlich hierfür ist der Anstieg im Deliktsbereich Sachbeschädigungen um 22 Fälle von 106 Fällen im Jahr 2007 auf 128 Fälle im Jahr 2008. Darüber hinaus war im Jahr 2008 verstärkt das Verteilen von Plakaten und Flugblättern festzustellen, auf denen die Bilder von tatsächlichen oder vermeintlichen Personen der rechten Szene, zum Teil mit Name und Adresse, abgebildet waren. In diesen Fällen wurden Verfahren wegen Verstoßes gegen das Urheberrechtsgesetz bzw. Kunsturheberrechtsgesetz eingeleitet.



3.1.3 Fallzahlen PMK - links nach Verwaltungsbezirken

	Terrorismus		Gewaltdelikte		sonstige Delikte		PMK - links	
	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008
Charlottenburg-Wilmersdorf			3	5	23	22	26	27
Friedrichshain-Kreuzberg			96	67	202	149	298	216
Lichtenberg			8	16	31	56	39	72
Marzahn-Hellersdorf			1	1	6	5	7	6
Mitte			30	37	94	125	124	162
Neukölln			15	9	26	38	41	47
Pankow	1		22	22	81	38	104	60
Reinickendorf			1	1	6	10	7	11
Spandau			1		7	2	8	2
Steglitz-Zehlendorf			2	1	21	17	23	18
Tempelhof-Schöneberg			3		28	27	31	27
Treptow-Köpenick			5	6	23	26	28	32
Berlin gesamt	1		187	165	548	515	736	680

Das höchste **Gesamtaufkommen** im Phänomenbereich PMK – links ist erwartungsgemäß mit 216 Fällen im Verwaltungsbezirk Friedrichshain-Kreuzberg zu verzeichnen, gefolgt von den Verwaltungsbezirken Mitte mit 162 Fällen und Lichtenberg mit 72 Fällen.

Die **Gewaltdelikte** sind im Jahr 2008 bis auf die Verwaltungsbezirke Lichtenberg (Anstieg um acht Fälle), Mitte (Anstieg um sieben Fälle) und Charlottenburg-Wilmersdorf (Anstieg um zwei Fälle) in den anderen Verwaltungsbezirken rückläufig oder auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr. Vor allem in Friedrichshain-Kreuzberg ist ein Rückgang um 29 Fälle (30 %) zu verzeichnen. Ursächlich dafür ist auch hier das insgesamt rückläufige Fallaufkommen im Deliktsbereich Brandstiftung (2007: 62 Fälle, davon 60 gegen Pkw; 2008: 32 Fälle, davon 31 gegen Pkw).

Darüber hinaus war im Verwaltungsbezirk Friedrichshain-Kreuzberg ein versuchtes Tötungsdelikt zu verzeichnen (siehe auch Punkt 3.3).

Bei den **sonstigen Delikten** ist ein Rückgang des Fallaufkommens vor allem in den Verwaltungsbezirken Friedrichshain-Kreuzberg (um 53 Fälle) und Pankow (um 43 Fälle) erkennbar. Ursächlich im Verwaltungsbezirk Friedrichshain-Kreuzberg ist vor allem der Rückgang des Aufkommens im Deliktsbereich Sachbeschädigung (2007: 151 Fälle, 2008: 98 Fälle). 62 % (61 Fälle) der Sachbeschädigungen ereigneten sich im Ortsteil Friedrichshain (2007: 117 Fälle, 77 %), in dem sich Szeneobjekte, wie Rigaer Straße 94 oder Liebigstraße 34 befinden. Bei diesen Objekten handelt es sich um ehemals besetzte Häuser, deren Räumung

Der Polizeipräsident in Berlin LKA 5



und Sanierung immer wieder Anlass bspw. für Farbschmierereien bietet. Darüber hinaus wurden im Jahr 2007 39 % der Fälle (18 Fälle) im Themenzusammenhang G8-Gipfel in Heiligendamm im Verwaltungsbezirk Friedrichshain-Kreuzberg registriert.

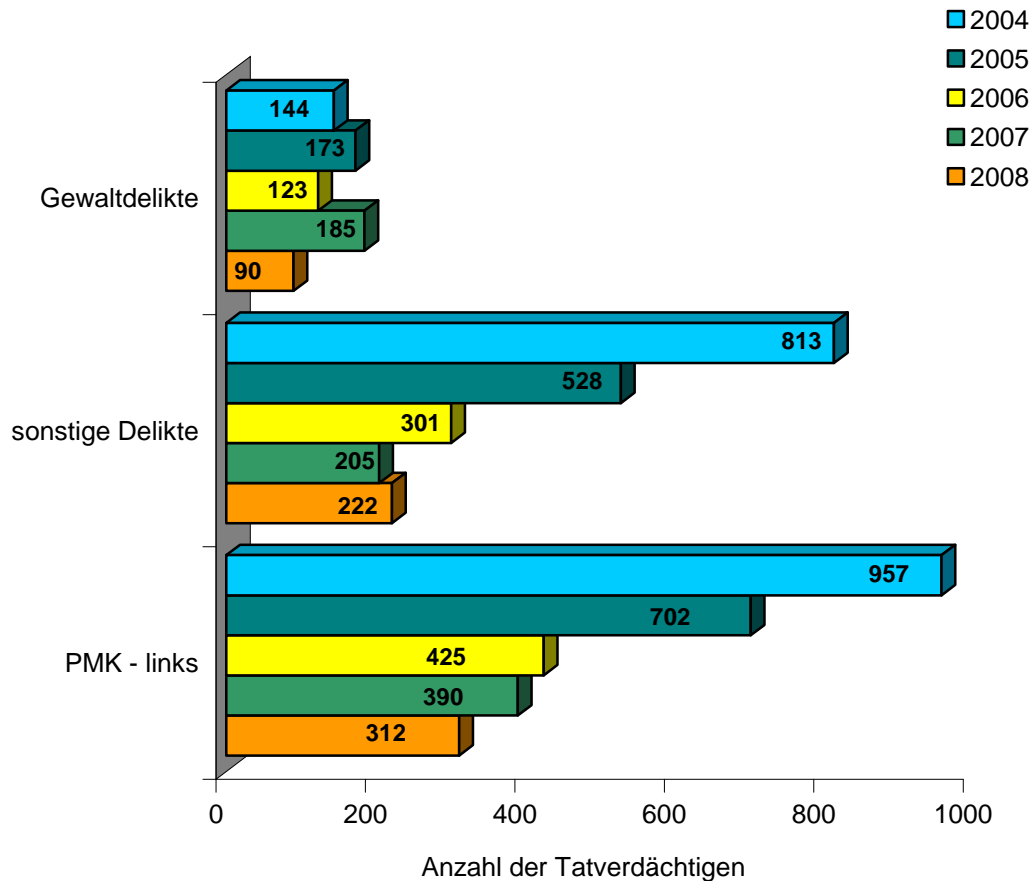
Auch im Verwaltungsbezirk Pankow ist der Rückgang der Sachbeschädigungen (2007: 60 Fälle, 2008: 24 Fälle) ursächlich für das geringere Fallaufkommen. 54 % der Sachbeschädigungen (13 Fälle) richteten sich gegen die rechte Szene.

Der Anstieg des Fallaufkommens im Verwaltungsbezirk Mitte ist nicht auf den Anstieg des Fallaufkommens im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen (2007: 42 Fälle, 2008: 42 Fälle), sondern auf das gestiegene Fallaufkommen im Deliktsbereich Sachbeschädigung (2007: 37 Fälle, 2008: 64 Fälle, Anstieg um 73%) zurückzuführen. Vor allem die Sachbeschädigungen mit Themenfeldnennung „gegen rechts“ stiegen im Verwaltungsbezirk Mitte von drei Fällen im Jahr 2007 auf 27 Fälle im Jahr 2008. Von den 27 Fällen im Jahr 2008 richteten sich neun Fälle gegen ein Bekleidungsgeschäft, welches auch die in der rechten Szene beliebte Bekleidung des Labels „Thor Steinar“ anbietet.

Auch im Verwaltungsbezirk Lichtenberg ist der Anstieg des Fallaufkommens um 33 Fälle auf den Anstieg der Sachbeschädigungen (2007: 23 Fälle, 2008: 43 Fälle, Anstieg um 87 %) zurückzuführen. Auch hier richtete sich der größte Teil der Sachbeschädigungen gegen die rechte Szene (2007: 12 Fälle, 2008: 29 Fälle), zumeist in Form von Farbschmierereien.



3.2 Tatverdächtige PMK – links



Im Bereich Terrorismus sind keine Tatverdächtigen bekannt geworden. Aufgrund der geringen Anzahl der Propagandadelikte wird auf die graphische Darstellung verzichtet.

Im Jahr 2008 ist die geringste Anzahl bekannt gewordener Tatverdächtiger zu verzeichnen, obwohl im Berichtsjahr das dritthöchste Fallaufkommen der letzten fünf Jahre zu verzeichnen ist. Ursache dafür ist, dass vor allem bei den Brandstiftungen sowie bei den Sachbeschädigungen keine Täter ermittelt werden konnten.



3.3 Herausragende Ereignisse PMK - links

Ermittlungsverfahren

Versuchter Totschlag

Der Geschädigte wurde am 27.09.2008, gegen 06:00 Uhr, auf dem S-Bahnhof Ostkreuz in Berlin-Friedrichshain (Verwaltungsbezirk Friedrichshain-Kreuzberg) von mehreren Personen als Rechter beschimpft und in der Folge ohne Vorankündigung mehrfach ins Gesicht geschlagen und getreten. Schließlich wurde er in das Gleisbett der S-Bahn gestoßen. Der Geschädigte erlitt u. a. Verletzungen im Gesicht. Die Täter konnten unerkannt entkommen, einer der Personen trug bei der Tatausführung ein T-Shirt mit der Aufschrift „Gegen Nazis“.

Gefährliche Körperverletzung

Am 24.09.2008, gegen 08:00 Uhr, wurde der Geschädigte, Mitglied der rechten Szene in Berlin, in Berlin-Kreuzberg (Verwaltungsbezirk Friedrichshain-Kreuzberg) durch unbekannt gebliebene Personen von seinem Fahrrad gezogen und mit Pfefferspray ins Gesicht gesprüht. Anschließend wurde er von mehreren Personen mit Fäusten geschlagen und am Boden liegend mit Füßen getreten. Die Täter waren schwarz gekleidet und verummt. Der Geschädigte erlitt Gesichtsverletzungen.

Walpurgisnacht / Revolutionärer 1. Mai

Für die Walpurgisnacht war im Jahr 2008 weder ein „zentrales Konzert“ noch eine Demonstration der linken Szene angemeldet. Es kam zu kleineren Gewalttätigkeiten in den Ortsteilen Prenzlauer Berg (Verwaltungsbezirk Pankow), Kreuzberg und Friedrichshain (Verwaltungsbezirk Friedrichshain-Kreuzberg).

Aufgrund der fehlenden zentralen Veranstaltung am 30.04.2008 sind die Gewalttätigkeiten im Zusammenhang mit der Walpurgisnacht auf den tiefsten Stand seit Jahren zurückgegangen.

Bei den Gewalttätigkeiten im Anschluss an die Demonstrationen am 1. Mai hat sich der seit Jahren anhaltende rückläufige Trend fortgesetzt, dennoch konnten im Jahr 2008 mehr Tatverdächtige als in den Vorjahren festgenommen werden.

Die Sogwirkung der abendlichen Ausschreitungen am 1. Mai in Kreuzberg ist weiterhin hoch. Seit Jahren zeichnet sich jedoch ein Wandel der Täterklientel ab. Personen, die als „Autonome“ bezeichnet oder der Antifa-Szene zugerechnet werden können, wurden nur in Einzelfällen als Tatverdächtige festgestellt. Nicht organisierte und nicht politisch motivierte

Der Polizeipräsident in Berlin LKA 5



erlebnisorientierte und Jugendgruppengewalttäter prägen stattdessen das Bild. Alkoholkonsum spielt dabei eine wichtige Rolle.

29 % der Gewalttäter wohnen in den Verwaltungsbezirken Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln; 35 % in anderen Verwaltungsbezirken Berlins. 36 % der Gewalttäter sind nicht in Berlin wohnhaft. Es ist davon auszugehen, dass ein großer Teil dieser Personen eigens wegen der Teilnahme an den gewalttätigen Ausschreitungen nach Berlin angereist ist.

Links-Rechts-Auseinandersetzungen

Der Antifaschismus ist eines der wenigen unumstrittenen Themen innerhalb der linken Szene. Durch linksextremistische Gruppen und Personenzusammenhänge wird der „Kampf gegen den Faschismus“ als Motivation für die Begehung von Straftaten gegen rechte Personen und Institutionen angeführt.

Bei Demonstrationen von Personen der rechten Szene kommt es regelmäßig zu linken Gegendemonstrationen, oft begleitet von gewalttätigen Ausschreitungen. Personen der linken Szene versuchen bereits im Vorfeld, die Wegstrecke der rechten Demonstration ausfindig zu machen und treffen Vorbereitungen zur Blockade dieser Wegstrecke. Durch Angriffe auf Verkehrsmittel wird versucht, die Anreise von rechten Personen zu verhindern bzw. zu erschweren.

Darüber hinaus kam es im Jahr 2008 zu einer Vielzahl von Sachbeschädigungen an Einrichtungen der rechten Szene.

Aufbau und Erhalt linker Projekte

Der Aufbau und Erhalt linker Objekte („Freiräume“) nimmt innerhalb der linken Szene eine große Rolle ein. Bei dieser Thematik ist auch eine besonders starke Solidarisierung bundesweit und international festzustellen.

Das Thema wird seit Jahren immer wieder aufgegriffen und als Begründung für Straftaten und unfriedliche Aktionen bei Demonstrationen und ähnlichen Veranstaltungen angeführt. Im Zuge der sogenannten „Freiraumaktionstage“ vom 27.05. – 01.06.2008 kam es zu erheblichen Straftaten. Während dieser Zeit wurden allein 17 Fälle von Brandstiftungen an Kfz mit insgesamt 30 angegriffenen Fahrzeugen registriert.

In Berlin werden gegenwärtig gerichtliche Entscheidungen zu einigen Szeneobjekten herbeigeführt. So wird bspw. seitens des Eigentümers des Hauses Rigaer Straße 94 die gerichtliche Räumung angestrebt.

Der Polizeipräsident in Berlin LKA 5



Ein weiterer Schwerpunkt dieser Thematik sind Straftaten unter dem Begriff „Gentrifikation“⁶. Die Täter begründen ihre Angriffe auf Luxusimmobilien, Banken, Wohnungsbaugesellschaften und Baufirmen mit deren Luxussanierungen in mehreren Stadtbezirken bzw. Stadtteilen und der damit einhergehenden Vertreibung sozial benachteiligter alteingesessener Bewohner sowie linker Projekte.

Neben den Protesten konnten auch mehrere Straftaten, wie Sachbeschädigungen oder Verstöße gegen das Versammlungsgesetz, im Zusammenhang mit dem Baugeschehen der O2-World (mediaspree) sowie gegen Firmen, die an dem Bau beteiligt waren, verzeichnet werden.

Globalisierung

Die Globalisierung war im Jahr 2008 ein eher untergeordnetes Thema innerhalb der linken Szene. Der G8-Gipfel auf der japanischen Insel Hokkaido vom 07. – 09.07.2008 verlief ohne besondere Zwischenfälle. Die Mobilisierung und die Ausmaße der Protestkundgebungen in Japan blieben weit hinter den Erwartungen der Organisatoren zurück. Auch die in Deutschland durchgeführten Solidaritätskundgebungen erreichten nicht annähernd die von den Veranstaltern prognostizierten Teilnehmerzahlen. Eine Anreise deutscher Aktivisten nach Japan wurden nur in wenigen Einzelfällen festgestellt. Es handelte sich dabei, wie bereits im Vorfeld angekündigt, um Repräsentanten größerer Verbände und Organisationen (z.B. ATTAC, Greenpeace). Die nahezu gänzlich ausgebliebene Mobilisierung gegen das G8-Treffen in Japan ist allerdings nicht als Indiz für eine grundsätzlich nachlassende Mobilisierungsfähigkeit deutscher Linksextremisten zu werten. Der nach wie vor vorhandene hohe Mobilisierungsgrad zeigt sich aktuell in den bereits zahlreich durchgeführten Vorbereitungstreffen anlässlich anstehender Großereignisse, wie dem NATO-Jubiläumsgipfel in Kehl und Straßburg im April 2009 sowie dem G8-Gipfel im Juli 2009 in Italien.

Staatliche Repression

Straftaten mit Begründungszusammenhang „staatliche Repression“ werden seit vielen Jahren begangen. Betroffen sind dabei insbesondere Einrichtungen der Polizei und Justiz. Auch im Jahr 2008 wurden in diesem Themenzusammenhang bspw. Sachbeschädigungen an

⁶ „Veredelung“ von Stadtteilen. Gentrifikation beschreibt einen stadtsoziologischen Prozess, bei dem ältere, ärmere Stadtteile allmählich durch neue Investoren und hochwertige Sanierungen wirtschaftlich aufgewertet werden. Das Ergebnis des Prozesses ist eine Veränderung der bisherigen Sozialstruktur durch den Zuzug von finanzkräftigeren Schichten und der sukzessiven Abwanderung der Altbewohner.



oder Brandanschläge auf Polizeigebäude, Gebäude der Ausländerbehörde und der Ordnungsämter begangen.

3.4 Parteien/Organisationen/Vereine/Gruppierungen PMK - links

„militante gruppe“ (mg)

Der Gruppierung „militante gruppe“ werden seit dem Jahr 2001 insgesamt 38 Brandanschläge – vor allem im Großraum Berlin-Brandenburg – zugerechnet.

Seit der Festnahme von drei Personen nach dem versuchten Brandanschlag in Brandenburg (Havel) am 31.07.2007 trat die Gruppierung „militante gruppe“ weder durch Straftaten noch durch schriftliche Erklärungen bzw. andere Äußerungen in linken Medien in Erscheinung.

Mit Beschluss vom 28.11.2007 stellte der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofes fest, dass es sich bei der Gruppierung „militante gruppe“ nicht um eine terroristische, sondern eine kriminelle Vereinigung handelt. Die Haftbefehle gegen die drei Beschuldigten wurden gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt.

Am 25.09.2008 begann vor dem Kammergericht in Berlin die Hauptverhandlung gegen Florian L., Oliver R. und Axel H. Vor Prozessbeginn fand eine Solidaritätsdemonstration vor dem Verhandlungsgebäude statt. Obwohl die Gruppierung innerhalb der linken Szene nicht ganz unumstritten ist, hat sich eine breite Solidaritätsbewegung gebildet. Außer der genannten Demonstration zu Prozessbeginn fanden zahlreiche weitere Demonstrationen, Informations- sowie Solidarisierungsveranstaltungen statt, die ausnahmslos friedlich verliefen.

3.5 Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg / länderübergreifende Kriminalitätsphänomene PMK - links

Im vergangenen Jahr wurden bei demonstrativen Aktionen im Land Brandenburg und in anderen Bundesländern Angehörige der linken Szene aus Berlin festgestellt.

So reisten beispielsweise Personen der Berliner linken Szene zu der Demonstration „In Gedenken an Oury Jallah“ am 02.08.2008 nach Dessau (Sachsen-Anhalt) sowie zu einer Gegendemonstration anlässlich des NPD-Parteitages am 24./25.05.2008 nach Bamberg (Bayern).

Eine enge Zusammenarbeit verschiedener linker Gruppierungen aus Berlin und Brandenburg findet im Rahmen der Antifa-Arbeit statt.



3.6 Prognose

Hauptschwerpunkt der linken Szene wird auch in Zukunft die Bekämpfung rechter Strukturen sein. Dabei wird es zu weiteren Straftaten, wie Körperverletzungen und Sachbeschädigungen, kommen. Außerdem werden weitere „Outing“-Aktionen von rechten Personen durchgeführt werden. Es ist weiterhin mit einer hohen Gewaltbereitschaft bei Links-Rechts-Auseinandersetzungen zu rechnen.

Das Thema „Gentrifikation“ wird auch im Jahr 2009 von Bedeutung sein. Zurückliegende demonstrative Aktionen mit einem teilweise hohen Mobilisierungsgrad unterstreichen, dass diese Thematik und der Aufbau und Erhalt linker Freiräume nach wie vor innerhalb der Szene einen hohen Stellenwert einnehmen.

Das Themenfeld „staatliche Repression“ wird weiterhin als Begründung für Straftaten der linksextremistischen Szene eine erhebliche Rolle spielen.

Es ist in Betracht zu ziehen, dass Exekutivmaßnahmen der Polizei gegen Personen und Einrichtungen der linken Szene, die Öffentlichkeitswirksamkeit erreichen, mit Straftaten gegen Einrichtungen der Bundes- bzw. Länderpolizeien oder Einrichtungen der Justiz „beantwortet“ werden.

Des Weiteren sind vielfältige Aktionen (z.B. unangemeldete und spontane Demonstrationen), in deren Verlauf es zu gewalttätigen Ausschreitungen kommen kann, in Betracht zu ziehen.

Weiterhin sind Straftaten/Aktionen der linken Szene Berlins in Betracht zu ziehen, die als Solidarisierung mit Betroffenen von Repressionsmaßnahmen in anderen Bundesländern oder im Ausland erfolgen.



3.7 Sonderauswertung „Brandanschläge auf Kraftfahrzeuge“

Im Phänomenbereich PMK – links wurden im Jahr 2008 73 Fälle⁷ von Brandstiftungen auf Kraftfahrzeuge registriert. Es wurden insgesamt 104 Fahrzeuge angezündet. Daneben wurden 60 Fahrzeuge, die neben den angegriffenen Fahrzeugen abgestellt waren, durch Feuer beschädigt.

Die Zahlen stellen einen Rückgang zum Jahr 2007 (113 Fälle mit 129 direkt angegriffenen Fahrzeugen) dar, liegen jedoch immer noch über denen der Vorjahre (von 2000 bis 2006 schwankte die Anzahl der Fälle zwischen 17 und 30).

Von den 104 direkt angezündeten Fahrzeugen werden 41 von der Polizei als hochwertige Fahrzeuge⁸ eingestuft.

Bei den am häufigsten angegriffenen Fahrzeugmarken handelt es sich um Daimler-Chrysler (38 Fahrzeuge), VW (13), BMW (10), Porsche (8) und Audi (7).

Nur ein Teil der Brandanschläge wird mit der Motivation begangen, dass „Symbol“ bzw. die angegriffene Fahrzeugmarke zu schädigen, also sogenannte „Nobelkarossen“ und damit vermeintliche „Reiche“ zu treffen.

Hauptsächlich wurden in den 73 Fällen im Jahr 2008 Privatpersonen (in 35 Fällen) und kleinere Firmen (in 21 Fällen) geschädigt. Firmen von internationaler Bedeutung, sogenannte „Global Player“, wurden ebenfalls zielgerichtet geschädigt. Hierbei handelt es sich insbesondere um die Deutsche Bahn (in drei Fällen) und Siemens (in drei Fällen).

Aber auch Fahrzeuge der Berliner Polizei (in zwei Fällen) und einer Sicherheitsfirma (in einem Fall) wurden in Brand gesetzt. Darüber hinaus ereigneten sich fünf Brandanschläge auf Kraftfahrzeuge von tatsächlichen oder vermeintlichen Angehörigen der rechten Szene. Bei diesen Brandanschlägen spielte die Marke bzw. der Wert des Fahrzeuges keine Rolle, weshalb auch Fahrzeuge der Mittel- und Unterklasse angegriffen wurden.

Insgesamt sind die Verwaltungsbezirke Friedrichshain-Kreuzberg (31 Fälle), Pankow (15 Fälle) und Mitte (12 Fälle) am häufigsten betroffen.

Die Monate Mai und Dezember 2008 weisen die meisten Taten auf. Bei der Betrachtung der Wochentage tritt die Nacht von Dienstag zu Mittwoch mit 20 Taten als bevorzugter Tattag hervor.

⁷ Im Rahmen des KPMD-PMK wurden 72 Brandstiftungen auf Kraftfahrzeuge festgestellt. Ein Fall von Brandstiftung wurde für das Jahr 2008 erst nach dem offiziellen Statistikschluss am 31.01.2009 bekannt und konnte somit nicht mehr berücksichtigt werden.

⁸ Fahrzeuge mit einem Zeitwert von mindestens 30.000 Euro (in Anlehnung an die BKA-Festlegung zum PKW-Sachwertdelikt)

Der Polizeipräsident in Berlin LKA 5



Hinsichtlich der Uhrzeiten dominierten die Nachtstunden zwischen 01:00 Uhr und 03:00 Uhr. In diesem Zeitraum wurden mehr als die Hälfte der Taten begangen.

Zu den 73 politisch motivierten Brandanschlägen auf Kfz im Jahr 2008 wurden elf Selbstbezeichnungen registriert, die zumeist in der inkriminierten linken Szenezeitschrift „INTERIM“ veröffentlicht wurden und in einigen Fällen einen Bezug zu aktuellen Ereignissen wie die „Europaweiten Aktionstage“ der linken Szene am 12./13.04.2008 und den „Freiraumaktionstagen“ der linken Szene vom 27.05.2008 bis 01.06.2008 aufwiesen. Als weitere Begründungszusammenhänge wurden die Themenfelder „Repression“ und „Umstrukturierung/Gentrifikation“ hervorgehoben.

Herausragende Ereignisse

Im Jahr 2008 kam es zu insgesamt drei Brandanschlägen sowohl auf Fahrzeuge als auch auf das Gebäude des Polizeiabschnittes 15 in Berlin-Prenzlauer Berg (Verwaltungsbezirk Pankow).

- Am 27.02.2008 versuchten unbekannte Täter drei auf dem Parkplatz gegenüber dem Gebäude abgestellte Fahrzeuge in Brand zu setzen. Die Brandsätze kamen nur teilweise zur Umsetzung. Außerdem wurden am Tatort sogenannte „Krähenfüße“ abgelegt.
- Am 24.04.2008 kam es erneut zu einem Brandanschlag auf Fahrzeuge des Polizeiabschnittes 15. Dabei brannte ein Funkwagen vollständig aus. Unter einem weiteren Fahrzeug konnte ein Brandsatz aufgefunden werden, der nicht vollständig zur Umsetzung kam.
- Am 30.08.2008 wurde auf die Hauswand des Polizeiabschnittes 15 durch unbekannte Täter ein sogenannter „Molotow-Cocktail“ geworfen, der zur Umsetzung kam. Der Brandsatz konnte durch Polizeibeamte gelöscht werden. Es entstand nur geringer Sachschaden.

Am 08.05.2008 wurden in Berlin-Mitte (Verwaltungsbezirk Mitte) vier an der Rückfront des Bezirksamtes abgestellte Fahrzeuge des Ordnungsamtes Mitte in Brand gesetzt. An allen Fahrzeugen entstand Totalschaden. Zur Straftat wurde in der linken Szenezeitschrift „INTERIM“ ein Selbstbezeichnungsschreiben, unterzeichnet mit „autonome gruppen“, veröffentlicht. In dem Schreiben wird der Behörde „zunehmende repression“⁹ vorgeworfen.

⁹ Schreibweise aus Original übernommen

Der Polizeipräsident in Berlin LKA 5



Am 29.05.2008 wurden durch unbekannte Täter unter vier Mietfahrzeugen der Firma Robben & Wientjes auf dem Firmenparkplatz in Berlin-Neukölln Brandsätze abgelegt. Durch die Brände wurden insgesamt 17 Fahrzeuge beschädigt. Am Tatort wurde die Parole „Wir bleiben alle“ angebracht. Zu den Anschlägen wurde im Internet ein Selbstbeziehungsschreiben eingestellt, in dem der Firma vorgeworfen wird, an „Zwangsumzügen“ beteiligt zu sein und an der „Verdrängung alternativer Lebensformen“ mitzuwirken. Das Selbstbeziehungsschreiben ist mit „autonome gruppe umzugsstop“ unterzeichnet.

Am 08.08.2008 kam es innerhalb einer Nacht zu zwei Brandanschlägen auf Fahrzeuge der Firma Siemens in Berlin-Treptow (Verwaltungsbezirk Treptow-Köpenick) und in Berlin-Mitte (Verwaltungsbezirk Mitte). Zu beiden Anschlägen ging bei der Redaktion der Zeitung „Junge Welt“ per E-Mail ein Selbstbeziehungsschreiben ein. Der Firma Siemens wird darin die „beteiligung an dem geschäft mit dem krieg, militarisierung und vertreibung“¹⁰ vorgeworfen.

Die Bekämpfung des Phänomens Brandanschläge auf Kraftfahrzeuge ist durch verschiedene Faktoren erheblich erschwert.

Die Täterklientel geht äußerst konspirativ vor. Angesichts der Vielzahl der Fahrzeuge auf den Straßen Berlins ist die Festnahme von Tätern auf frischer Tat eine besonders schwierige Aufgabe. Die Taten werden im Schutz der Dunkelheit begangen. Zudem haben sich die Täter bei wahrnehmbarem Brandausbruch bereits vom Tatort entfernt.

Die Täter hinterlassen keine zu ihrer Identifizierung führenden Spuren. Die Brandmittel verbrennen meist rückstandslos.

Im Jahr 2008 konnten im Zusammenhang mit den Brandstiftungen zunächst drei Tatverdächtige festgestellt werden, bei denen sich der Tatverdacht im Verlauf der Ermittlungen jedoch nicht bestätigte.

Im Rahmen der Prävention hat die Berliner Polizei umfangreiche Maßnahmen durchgeführt. Aufgrund der Vielzahl der auf öffentlichem Straßenland geparkten Fahrzeuge und somit Angriffszielen ist eine effiziente Prävention jedoch kaum möglich.

¹⁰ Schreibweise aus Original übernommen



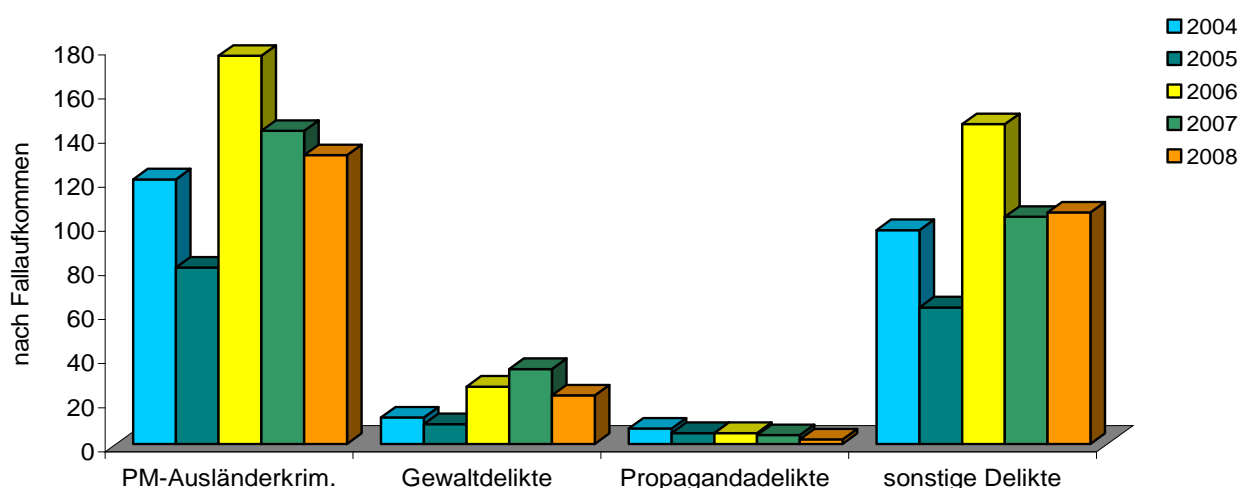
4. POLITISCH MOTIVIERTE AUSLÄNDERKRIMINALITÄT

4.1 Gesamtübersicht im Jahresvergleich

4.1.1 Entwicklung der Fallzahlen PM-Ausländerkriminalität

Im Jahr 2008 wurden im Rahmen des KPMD-PMK für den Phänomenbereich Politisch motivierte Ausländerkriminalität insgesamt 131 Fälle gemeldet. Im Vorjahr wurden insgesamt 142 Fälle registriert.

	2004	2005	2006	2007	2008
Terrorismus ¹³	4	4		1	2
↳ geklärt	4	3		1	1
Aufklärungsquote	100%	75%		100%	50%
Gewaltdelikte	12	9	26	34	22
↳ geklärt	4	5	12	22	12
Aufklärungsquote	33%	56%	46%	65%	55%
Propagandadelikte	7	5	5	4	2
↳ geklärt	4	2		1	1
Aufklärungsquote	57%	40%	0%	25%	50%
sonstige Delikte	97	62	145	103	105
↳ geklärt	44	44	77	58	49
Aufklärungsquote	45%	71%	53%	56%	47%
PM-Ausländerkrim.	120	80	176	142	131
↳ geklärt	56	54	89	82	63
Aufklärungsquote	47%	68%	51%	58%	48%



¹¹ Hierbei handelt es sich um Verfahren, die bis auf drei im Jahr 2005 beim BKA auf Grund der Deliktszuweisung geführt, aber dem Land Berlin wegen der Tatörtlichkeit statistisch zugeordnet wurden. Diese Verfahrensweise wird erst seit 2003 praktiziert. Aufgrund des geringen Fallaufkommens wird auf die graphische Darstellung in den Bereichen Terrorismus und Propagandadelikte verzichtet.



4.1.3 Fallzahlen PM-Ausländerkriminalität nach Verwaltungsbezirken

	Gewaltdelikte		Propagandadelikte		sonstige Delikte		PM-Ausländerkrim.	
	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008
Charlottenburg-Wilmersdorf	2	1	1		9	15	12	16
Friedrichshain-Kreuzberg	13	6			13	23	26	29
Lichtenberg					1		1	
Marzahn-Hellersdorf						1		1
Mitte	11	14	1	1	48	42	60	57
Neukölln	4	1	1	1	10	6	15	8
Pankow					1		1	
Reinickendorf						6		6
Spandau					5		5	
Steglitz-Zehlendorf			1		5	1	6	1
Tempelhof-Schöneberg	3				10	11	14	13
Treptow-Köpenick	1				1		2	
Berlin gesamt	34	22	4	2	103	105	142	131

Aufgrund des geringen Fallaufkommens in der Deliktsart **Terrorismus** wurde auf die Aufgliederung nach Verwaltungsbezirken verzichtet. Im Jahr 2007 wurde ein Fall im Verwaltungsbezirk Tempelhof-Schöneberg registriert, im Jahr 2008 wurden zwei Fälle im Verwaltungsbezirk Tempelhof-Schöneberg registriert.

Das **Gesamtaufkommen** ist vor allem im Verwaltungsbezirk Neukölln rückläufig (um sieben Fälle). Ursächlich dafür ist der Rückgang des Fallaufkommens bei den Gewalt- und sonstigen Delikten. Im Verwaltungsbezirk Reinickendorf stieg das Fallaufkommen um sechs Fälle im Vergleich zum Vorjahr an. Hierfür ist der Anstieg der sonstigen Delikte um sechs Fälle verantwortlich.

Der höchste Rückgang der **Gewaltdelikte** ist im Verwaltungsbezirk Friedrichshain-Kreuzberg (Rückgang um sieben Fälle) zu verzeichnen. Ursache für die höhere Fallzahl im Jahr 2007 war die am 28.10.2007 stattgefundenene Demonstration „Aufruf zur Einigkeit und Brüderlichkeit zwischen Türken und Kurden“ in Berlin-Kreuzberg, bei der es zu zahlreichen politisch motivierten Straftaten, wie Landfriedensbrüche (acht Fälle) und Körperverletzungen (zwei Fälle) kam. Ein vergleichbares Ereignis fand im Berichtsjahr nicht statt.

Bei den **sonstigen Delikten** ist im Verwaltungsbezirk Friedrichshain-Kreuzberg ein Anstieg der Fallzahlen festzustellen (Anstieg um zehn Fälle). Vor allem das Fallaufkommen mit Themenfeldnennung „PKK/Kurdenproblematik“ stieg im Verwaltungsbezirk Friedrichshain-

Der Polizeipräsident in Berlin LKA 5

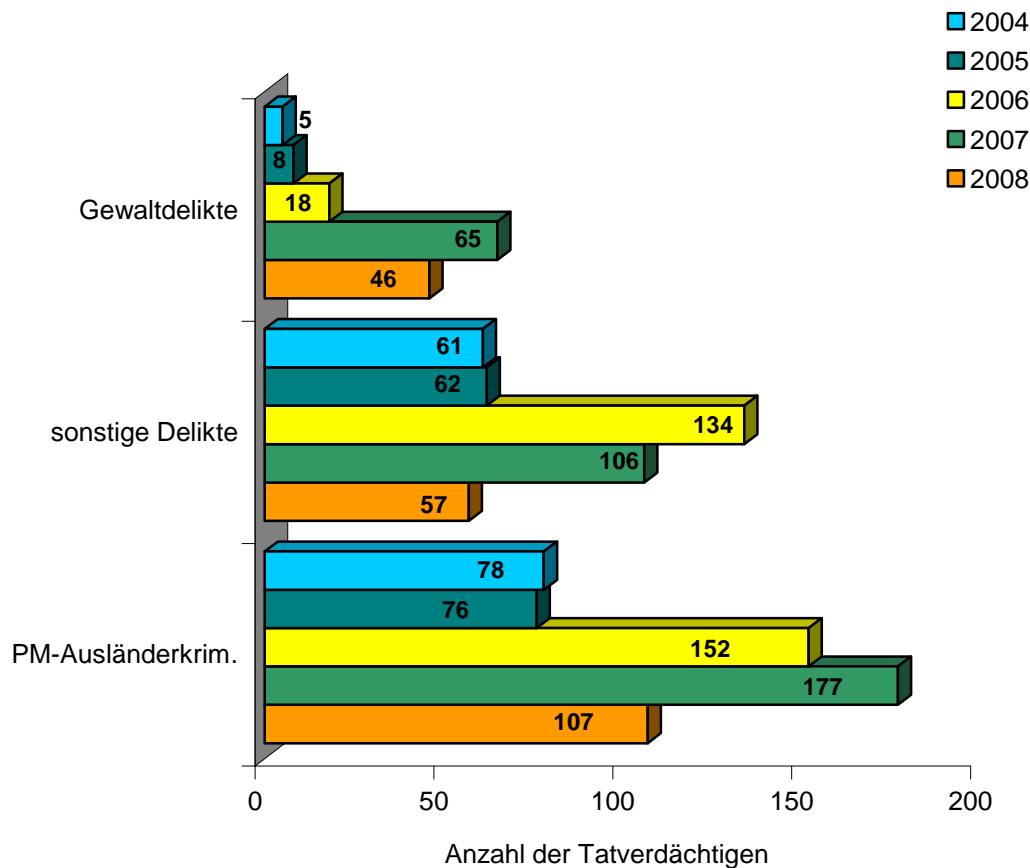


Kreuzberg von fünf Fällen im Jahr 2007 auf 16 Fälle im Jahr 2008. So wurden u. a. politisch motivierte Straftaten im Zusammenhang mit Demonstrationen anlässlich der Bodenoffensive der türkischen Armee im Februar 2008 registriert.

Das grundsätzlich höhere Fallaufkommen im Verwaltungsbezirk Mitte resultiert vor allem aus Fällen im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen (22 Fälle). Der Verwaltungsbezirk Mitte stellt mit dem Regierungsviertel und dem Brandenburger Tor einen bevorzugten Veranstaltungsort für Versammlungen und Kundgebungen dar. So wie die Fallzahlen der sonstigen Delikte im Verwaltungsbezirk Mitte im Berichtsjahr rückläufig sind, gingen insgesamt auch die Fälle im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen von 28 Fällen im Jahr 2007 auf 22 Fälle im Jahr 2008 zurück.



4.2 Tatverdächtige PM-Ausländerkriminalität



Aufgrund der geringen Anzahl Tatverdächtiger wird auf die graphische Darstellung der Bereiche Terrorismus und Propagandadelikte verzichtet.

Nachdem in den Jahren 2006 und 2007 ein Anstieg der bekannt gewordenen Tatverdächtigen zu verzeichnen war, ist die Anzahl im Berichtsjahr um 70 bekannt gewordene Tatverdächtigen gesunken. Ursache dafür ist, dass im Jahr 2008 lediglich ein Fall mit mehr als 20 Tatverdächtigen registriert wurde. Im Jahr 2006 waren es zwei Fälle mit insgesamt 51 Tatverdächtigen (ein Fall mit 22 Tatverdächtigen, ein Fall mit 29 Tatverdächtigen) und im Jahr 2007 waren es drei Fälle mit insgesamt 52 Tatverdächtigen (zwei Fälle mit je 17 Tatverdächtigen, ein Fall mit 18 Tatverdächtigen). Bei diesen Fällen handelt es sich um Straftaten größerer Tätergruppen, die überwiegend im Zusammenhang mit Demonstrationen begangen wurden.



4.3 Herausragende Ereignisse PM-Ausländerkriminalität

Ermittlungsverfahren im Bereich PM-Ausländerkriminalität

Gefährliche Körperverletzung

Am 26.06.2008, gegen 22:30 Uhr, griff in Berlin-Gesundbrunnen (Verwaltungsbezirk Mitte) eine Gruppe mutmaßlicher PKK/KONGRA GEL-Aktivisten den Inhaber und die Gäste eines Imbisslokals mit Schlagwerkzeugen an und verwüstete die Inneneinrichtung. Der Inhaber wurde dabei erheblich verletzt. Unmittelbar nach der Tat wurde der jugendliche Haupttäter festgenommen. Nach Angaben des Imbissinhabers soll der Beschuldigte im Beisein von zwei weiteren Personen am Vortag versucht haben, von ihm sogenannte „Spendengelder“ für die verbotene PKK einzufordern. Diesem Ansinnen sei er jedoch nicht nachgekommen, so dass die Täter das Ladengeschäft zunächst wieder verließen.

Für eine PKK-Spendengelderpressung spricht neben den Aussagen des Imbissinhabers, dass gegen den Beschuldigten bereits im Zusammenhang mit einer Brandstiftung durch PKK-Aktivisten im Vorjahr ermittelt wurde. Er soll weiterhin an der Besetzung des Düsseldorfer Landtags am 09.05.2007 durch mutmaßliche PKK-Aktivisten bzw. -Sympathisanten beteiligt gewesen sein.

Gegen den jugendlichen Haupttäter erging zwischenzeitlich Strafurteil (2 Jahre Bewährungsstrafe, Maßnahme gem. § 57 JGG), gegen das seine Verteidigung Revision eingelegt hat.

Ermittlungsverfahren im Bereich Islamistischer Terrorismus

Schleusungsverfahren durch islamistische Täter

In einem vom Landeskriminalamt und der Staatsanwaltschaft Berlin geführten Ermittlungsverfahren wegen des Einschleusens von Ausländern durchsuchten über 200 Beamte am 01.07.2008 in den Bundesländern Berlin, Hessen, Bremen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg insgesamt 30 Wohn- und Büroanschriften (22 Berliner Anschriften in den Ortsteilen Wedding, Kreuzberg, Marzahn, Charlottenburg, Spandau und Neukölln). Zwei weitere Durchsuchungsbeschlüsse wurden am 16.07.2008 in Berlin vollstreckt.

Die Ermittlungen richten sich gegen eine mehrköpfige, islamistisch ausgerichtete, türkisch-kaukasische Gruppe. Deren Mitglieder stehen im Verdacht, Personen aus dem Kaukasus unter Nutzung einer bandenmäßigen Struktur nach Deutschland zu schleusen bzw. schon geschleust zu haben.



Die Durchsuchung führte zum Auffinden von Schlagwerkzeugen, Pässen, mehreren Tausend Euro Bargeld, PC, Datenträger, Handys sowie umfangreichen schriftlichen Unterlagen. Aus Zufallsfunden ergaben sich weitere Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz, gegen das Betäubungsmittelgesetz, Sozialleistungserlangungsbetrugs, gewerbsmäßigen Ladendiebstahls sowie mittelbarer Falschbeurkundung. Die Auswertung der gefundenen Beweismittel dauert an.

4.4 Besondere Entwicklungen PM-Ausländerkriminalität

Besondere Entwicklungen im Bereich PM-Ausländerkriminalität

PKK-/Kurdenproblematik

Auch im Jahr 2008 wurden als Reaktion auf Meldungen über die Haftbedingungen von Öcalan in Berlin Demonstrationen veranstaltet, zu denen teilweise bundesweit mobilisiert wurde. So nahmen beispielsweise an der Demonstration mit anschließender Abschlusskundgebung am 19.04.2008 in Berlin-Wedding (Verwaltungsbezirk Mitte) bis zu 700 Personen teil. Im Verlauf der emotionalen Demonstration kam es zu mehreren Festnahmen wegen Landfriedensbrüchen, Körperverletzungen und Widerständen. Unter den Festgenommenen befanden sich acht Berliner.

Mit Schreiben vom 13.06.2008 erließ das Bundesministerium des Innern eine Verbotserfügung für den kurdischsprachigen Sender „ROJ-TV“. Der Sender mit Sitz in Kopenhagen (Dänemark) wurde im Geltungsbereich des Vereinsgesetzes (Deutschland) verboten. Die „VIKO Fernseh Produktion GmbH“ mit Sitz in Wuppertal wurde als Teilorganisation aufgelöst.

Im Rahmen der Fußball-EM 2008 kam es zu mehreren Aktionen kurdischer Jugendlicher. So wurden u. a. nach dem Gruppenspiel Türkei gegen die Schweiz von ca. 50 PKK-Anhängern am Kottbusser Tor in Berlin-Kreuzberg (Verwaltungsbezirk Friedrichshain-Kreuzberg) türkische Fahnen verbrannt. Etwa im gleichen Zeitraum kam es zu vereinzelt Flaschenwürfe vom Fußgängerübergang des „Neuen Kreuzberger Zentrums“ (NKZ) auf Personen und Fahrzeuge.

Im Verlauf der gesamten Fußball-EM erfolgten zahlreiche Sachbeschädigungen an Kraftfahrzeugen, an denen türkische Fahnen angebracht waren.

Der Polizeipräsident in Berlin LKA 5



Tibet-Konflikt

Als Folge der schweren Ausschreitungen in Tibet im Frühjahr 2008 kam es in Berlin zu zahlreichen Veranstaltungen (Mahnwachen, Kundgebungen). Alle Veranstaltungen, außer der Mahnwache am 20.03.2008 in Berlin-Mitte (Verwaltungsbezirk Mitte), verliefen friedlich. Bei dieser Mahnwache versuchte sich ein Exil-Tibeter selbst zu entzünden, schwere Verletzungen konnten jedoch durch das schnelle Eingreifen weiterer Veranstaltungsteilnehmer verhindert werden.

Resonanztaten auf Ausschreitungen in Griechenland

Nach dem Tod eines 15-Jährigen durch polizeilichen Schusswaffengebrauch am 06.12.2008 in Athen (Griechenland) und den darauf folgenden Ausschreitungen in Griechenland kam es auch in Deutschland zu zahlreichen Sachbeschädigungen zum Nachteil der Generalkonsulate Griechenlands in Stuttgart (08./11.12.2008), Köln (08.12.2008) und Düsseldorf (10.12.2008).

Im gleichen Begründungszusammenhang wurde am 08.12.2008 das griechische Konsulat in Berlin von insgesamt 22 unbekannt gebliebenen Personen in der Zeit von ca. 09:30 bis 18:00 Uhr besetzt. Es wurden themenbezogene Transparente in griechischer Sprache und Schrift an den Fenstern angebracht sowie Flyer aus dem Fenster geworfen. Da sich die Personen friedlich verhielten, keine Sachschäden verursachten und zusicherten, in absehbarer Zeit das Gebäude wieder zu verlassen, wurde seitens des Konsulates kein Strafantrag gestellt.

Besondere Entwicklungen im Bereich Islamistischer Terrorismus

Auch im Jahre 2008 war eine weitere Professionalisierung bezüglich der Bild-, Ton- und Layoutqualität der Internetpropaganda islamistischer Terrorgruppierungen, insbesondere von Al-Qaida und Islamischer Jihad Union (IJU), festzustellen. Im Jahresverlauf ist aus der Vielzahl islamistischer Internetveröffentlichungen eine Tendenz zur verstärkten Thematisierung deutscher Interessen als Ziel des weltweiten Jihad zu erkennen. Dabei verwendeten die Gruppierungen zunehmend die deutsche Sprache zur Präsentation der jeweiligen Botschaften, um zielgerichtet deutschsprachige junge Muslime zur Teilnahme am weltweiten bewaffneten Jihad zu bewegen.



Aktivitäten gegnerischer Nachrichtendienste

Wie auch in den vergangenen Jahren, wurden im Jahr 2008 geheimdienstlich gesteuerte Aktivitäten gegnerischer Dienste mit Berlin-Bezug festgestellt. Insgesamt wies die Bundesanwaltschaft drei Fälle dem BKA zu, ein Fall wurde beim Polizeilichen Staatsschutz des LKA Berlin bearbeitet. Bei den steuernden Diensten handelt es sich hauptsächlich um solche aus dem arabisch/vorderasiatischen Raum. Die Aktivitäten betrafen überwiegend auslandsbezogene, regimekritische Strukturen und Gruppierungen.

4.5 Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg/ länderübergreifende Kriminalitätsphänomene PM-Ausländerkriminalität

Im vergangenen Jahr haben sich sowohl im Bereich der Politisch motivierten Ausländerkriminalität als auch im Bereich des islamistischen Terrorismus keine länderübergreifenden Einsatzmaßnahmen der Polizei anlässlich von Demonstrationen oder Ermittlungs- und Gerichtsverfahren ergeben.

4.6 Prognose PM-Ausländerkriminalität

Prognose für den Bereich Ausländerextremismus

Der KONGRA-GEL ist als Nachfolgeorganisation der PKK/KADEK seit 1993 mit einem vereinsrechtlichen Betätigungsverbot in Deutschland versehen.

Im Jahr 2009 ist, wie im Berichtsjahr, mit anlassbezogenen Aktionen bspw. dem Entzünden von Kleinfedern, Sachbeschädigungen durch Farbschmierereien und Flugblattaktionen durch die Jugendorganisation der KONGRA-GEL, die KOMALEN CIWAN, zu rechnen. Diese Aktionen können sowohl im Begründungszusammenhang mit dem aktuellen politischen Geschehen in der Türkei bzw. im Nordirak aber auch mit Meldungen über Öcalan sowie relevanten Jahrestagen stehen.

Grundsätzlich gilt jedoch weiterhin für alle Veranstaltungen kurdischer Vereine und Organisationen der Friedenskurs der PKK-Führung für Deutschland.

Prognose für den Bereich Islamistischer Terrorismus

Die Bedrohungslage im Bereich des islamistischen Terrorismus wird auch im Jahr 2009 weiter anhalten. Unverändert ist dabei in Betracht zu ziehen, dass es, unterstützt durch die verstärkte Propagandaarbeit islamistischer Gruppen, zu Taten radikalierter Einzeltäter auch unterhalb der Schwelle terroristischer Anschläge kommen kann.

Der Polizeipräsident in Berlin LKA 5



Es ist davon auszugehen, dass in der jihadistischen Medienarbeit dieser Trend zur propagandistischen Fokussierung auf Deutschland anhalten wird, um damit zielgerichtet die deutschsprachigen jungen Muslime anzusprechen. Daraus resultierend ist mit einer zunehmenden Beeinträchtigung deutscher Interessen im Ausland, insbesondere in Afghanistan, zu rechnen.

Die Präsenz deutscher Truppen in Afghanistan wird weiter Rechtfertigungsgrund für dortige gewalttätige Angriffe islamistischer Einzeltäter und Gruppierungen bleiben.

Es ist anhaltend von einer steigenden Zahl junger deutschsprachiger Muslime bzw. junger deutscher Konvertiten auszugehen, die Bereitschaft zeigen, sich am weltweiten Jihad zu beteiligen.



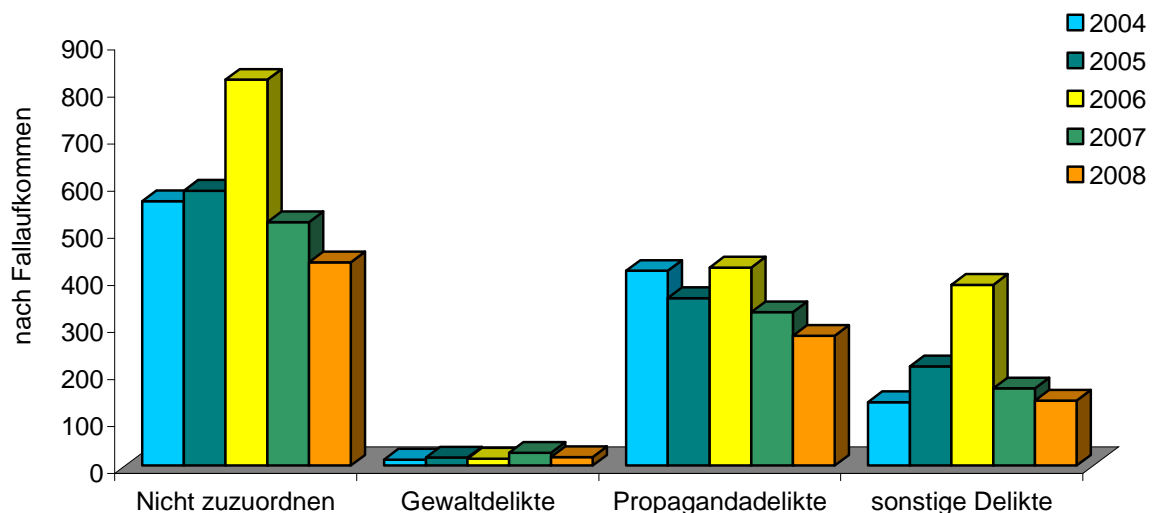
5. NICHT ZUZUORDNEN

5.1 Gesamtübersicht im Jahresvergleich

5.1.1 Entwicklung der Fallzahlen Nicht zuzuordnen

Im Jahr 2008 wurden im Rahmen des KPMD-PMK insgesamt 432 Fälle gemeldet, die keinem der drei Phänomenbereiche zuzuordnen waren. Im Vorjahr wurden insgesamt 517 nicht zuzuordnende Fälle registriert.

	2004	2005	2006	2007	2008
Gewaltdelikte	13	17	15	27	18
↳ geklärt	9	10	13	11	8
Aufklärungsquote	69%	59%	87%	41%	44%
Propagandadelikte	414	356	421	326	276
↳ geklärt	199	263	345	215	216
Aufklärungsquote	48%	74%	82%	66%	78%
sonstige Delikte	135	211	384	164	138
↳ geklärt	38	67	102	46	44
Aufklärungsquote	28%	32%	27%	28%	32%
Nicht zuzuordnen	562	584	820	517	432
↳ geklärt	246	340	460	272	268
Aufklärungsquote	44%	58%	56%	53%	62%





5.1.2 Fallzahlen Nicht zuzuordnen nach Deliktsqualität im Jahresvergleich

	Gesamt		Entwicklung	
	2007	2008		
Gewaltdelikte	27	18	-33%	↓
☞ extremistisch		1		
Propagandadelikte	326	276	-15%	↓
☞ extremistisch	2			
☞ PMK	2	2		
☞ ST ohne PM	324	274	-15%	↓
sonstige Delikte	164	138	-16%	↓
☞ extremistisch	7	7		
☞ PMK	148	129	-13%	↓
☞ ST ohne PM	16	9	-44%	↓
Nicht zuzuordnen	517	432	-16%	
☞ extremistisch	9	8		
☞ PMK	150	131	-13%	↓
☞ ST ohne PM	340	283	-17%	↓

Legende: ↓ Rückgang um 5% bis 25% ↗ Anstieg oder Rückgang bis 5% ↗ Anstieg über 5% bis 25%
 ↓ Rückgang mehr als 25% ↗ Anstieg über 25%

Das **Gesamtaufkommen** im Bereich Nicht zuzuordnen ist um 85 Fälle zurückgegangen. Hintergrund dafür ist vor allem der Rückgang bei den Propagandadelikten um 50 Fälle und der Rückgang bei den sonstigen Delikten um 26 Fälle. Das Fallaufkommen ist im Berichtsjahr auf dem niedrigsten Niveau der letzten fünf Jahre.

Die **Gewaltdelikte** sanken im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr um neun Fälle. 89 % der Gewaltdelikte des Jahres 2008 (16 Fälle) wurden dem Themenfeld „sexuelle Orientierung“ zugeordnet. Im Jahr 2007 waren es 67 % (18 Fälle). Anhand der absoluten Fallzahlen der Gewaltdelikte ist festzustellen, dass für das gesunkene Aufkommen der Rückgang aller weiteren Gewaltdelikte, die nicht dem Themenfeld „sexuelle Orientierung“ zuzurechnen waren ursächlich ist. Dies betrifft vor allem den Deliktsbereich Körperverletzung, im Jahr 2008 wurde ein Fall registriert, im Jahr 2007 waren es sieben Fälle.

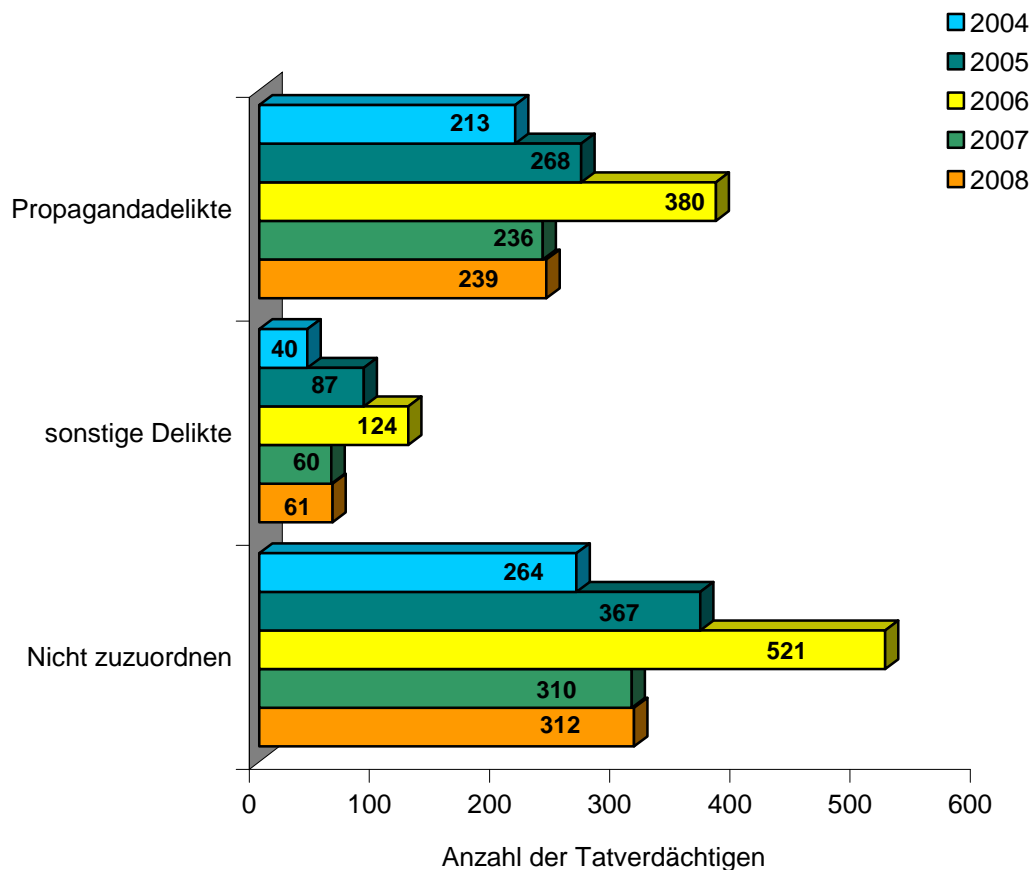
Der Rückgang der **Propagandadelikte** ohne explizite politische Motivation von 324 Fällen im Jahr 2007 auf 274 Fälle im Jahr 2008 (Rückgang um 15 %) ist nicht erklärbar. Der durch den „Arbeitskreis Innere Sicherheit“ (AK II) im Rahmen seiner 217. Sitzung am 12./13.03.2008 unter TOP 9 gefasste Beschluss, dass alle von Unbekannt verübten rechten



Propagandadelikte, insbesondere die Verbreitung und Verwendung verbotener nationalsozialistischer Symbole dem Phänomenbereich PMK – rechts zuzuordnen sind, hatte in Berlin keine Auswirkungen auf das Fallaufkommen der Propagandadelikte im Bereich Nicht zuzuordnen. Die Propagandadelikte im Phänomenbereich PMK – rechts sind gleichermaßen rückläufig.

Ursächlich für den Rückgang im Bereich der **sonstigen Delikte** von 164 Fällen im Jahr 2007 auf 138 Fälle im Jahr 2008 (Rückgang um 16 %) ist das gesunkene Fallaufkommen im Zusammenhang mit Protesten in Form von Sachbeschädigungen oder Beleidigungen gegen politische Entscheidungen oder Personen des öffentlichen Lebens.

5.2 Tatverdächtige Nicht zuzuordnen



Aufgrund der geringen Anzahl Tatverdächtiger bei den Gewaltdelikten wird auf die graphische Darstellung verzichtet.